

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 179 · 15. JAHRGANG · AUSGABE 12/2009 VOM 27. NOVEMBER 2009 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Stadtverwaltung als
gewerkschaftsfreie Zone?**
Verwaltungsspitze und ver.di im Clinch

8 | **Geschichte und
Untergang der DDR**
Teil 1: Aufbruch

11 | **Kloake
Finowkanal**
Offener Brief ans Landesumweltamt

Wahl des Landrates:

Warum die Bürger fragen?

Argumente Contra und Pro Direktwahl

Eberswalde (bbp). Petra Bierwirth (Fraktionsvorsitzende der SPD im Kreistag Barnim) legte gemäß Niederschrift der 4. Kreistagssitzung vom 1. April 2009, ausgehend von der neuen Kommunalverfassung dar, daß der Landrat ab dem 1. Januar 2010 direkt zu wählen ist, aber bis zum 31. Dezember 2009 von den Abgeordneten durch den Kreistag gewählt wird. Sie betonte, daß dies nicht illegal und auch nicht undemokratisch sei. Es sei vielmehr das Recht der gewählten Abgeordneten, bis zum Jahresende den Landrat durch den Kreistag zu wählen. Durch die Wahl als Abgeordnete sind sie demokratisch legitimiert, den Landrat im Kreistag zu wählen.

Die SPD-Abgeordnete führte aus, daß der Kreistag über die grundlegenden Angelegenheiten des Landkreises entscheidet und die Richtung in der er sich entwickeln soll. Auch die Grundsätze für das Verwaltungshandeln können durch den Kreistag bestimmt werden. Die Abgeordneten sind dem Wohle des Landkreises und seinen Bürgerinnen und Bürger verpflichtet. Der Kreistag kontrolliere auch die Arbeit des Landrates als Verwaltungsbeamten, der die Geschäfte der laufenden Verwaltung zu führen hat und die Beschlüsse des Kreistages ausführt. Zur Umsetzung der Beschlüsse muß er im Kreistag Rechenschaft ablegen. Petra Bierwirth machte deutlich, daß dem Kreistag auch die Möglichkeit der Abwahl des Landrates gegeben ist, was bei der Direktwahl nicht möglich sei, denn dann wären wieder die Bürgerinnen und Bürger gefragt.

Sie fragte, warum man sich aus der Verantwortung ziehen will, wenn man die Möglichkeit hat, selbst mitzuzentscheiden, mit wem man die Arbeit in Zukunft fortsetzt.

Schließlich ging die Vorsitzende der SPD-Fraktion auf die Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl ein. Sie machte deutlich, daß bei einer Wahl des Bürgermeisters oder des Landrates die Wahlbeteiligung

noch geringer ist. Für sie ist ein von einer Minderheit der Wahlberechtigten direkt gewählter Landrat nicht demokratischer als ein Landrat, der durch den Kreistag gewählt wurde.

Bezogen auf die derzeitige Wirtschaftskrise und die Lösung der Probleme im Kreis erklärte Petra Bierwirth, das dies mit einem vom Kreistag gewählten Landrat, der das Vertrauen hat, besser zu realisieren sei. Sie machte darauf aufmerksam, das der Landrat mit seiner Verwaltung einen entscheidenden Anteil daran habe, wie der Landkreis heute da steht. Deshalb sei es unverständlich, warum in dieser angespannten Zeit der Kapitän ausgewechselt werden soll. Gerade in Krisenzeiten wird von der Politik ein gemeinsames Handeln und Kontinuität erwartet. Die Abgeordneten sollten ihr Recht als freigewählte Kreistagsabgeordnete wahrnehmen und den Landrat im Kreistag wählen.

Klaus Geißler (Fraktion BFB/BVB) hatte auf der gleichen Kreistagsitzung hingegen auf die Versprechungen vor der Kommunalwahl hingewiesen, wonach die Bürgerinnen und Bürger die Politik des Kreises an dieser einflußreichen Stelle mitgestalten können. Ein Vertrauen zwischen den Bürgern und Gewählten könne aber nur aufgebaut werden, wenn die in der Wahlzeit abgegebenen Versprechen auch eingelöst werden. Der Kreis sei gut aufgestellt und gehöre zu den besten des Landes Brandenburg. Geißler betonte, daß das die Wählerinnen und Wähler durchaus wissen und auch wollen, daß erfolgreiche Politik fortgesetzt wird.

Es soll ihnen die Chance gegeben werden, betonte Klaus Geißler, mitzuzentscheiden, wer diese Politik fortsetzt. An die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises gerichtet sagte er, daß die Bürgerinnen und Bürger im Januar 2010 die Gelegenheit zur Mitbestimmung nutzen und zur Wahl ihre Stimme abgeben sollten.

»Elfenbeinhandel konsequent verbieten«



Robert Kleß (IFAW), Botschafterin Clémentine Shakembo, Sabine Stüber.

Das Verbot des Handels mit Elfenbein muß endlich konsequent umgesetzt werden. Im Vorfeld der internationalen Tierschutzkonferenz COP 15 im März 2010 fordere ich die Bundesregierung auf, ihre Verantwortung innerhalb der EU wahrzunehmen und sich für ein konsequentes Handelsverbot von Elfenbein einzusetzen. Bereits 1989 hat die internationale Staatengemeinschaft bei der Artenschutzkonferenz CITES den Handel mit Elfenbein verboten. Es erfolgte allerdings keine konsequente Umsetzung dieses Verbots. Und seit 2007 ist der Verkauf von Elfenbein nach China und Japan sogar erlaubt. Dieser legale Verkauf birgt die Gefahr, illegale Wilderei gegen Elefanten zu begünstigen. Er ist auf keinen Fall ein Instrument zum Artenschutz, wie Organisationen zum Handel mit illegalen Naturressourcen behaupten. DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, sich für einen konsequenten Verbot des Handels mit Elfenbein einzusetzen. Gelegenheit dafür wird sich im Rahmen der internationalen Artenschutzkonferenz COP 15 im März 2010 bieten.

SABINE STÜBER, MdB (DIE LINKE.)

MMM

Veränderungen im Überbau vollziehen sich allmählich, wie wir gelesen haben. Ihre Wirkungen spürt man erst später. So ist es auch mit der direkten Wahl des Landrates für den Landkreis Barnim am 10. Januar nächsten Jahres.

Der Landrat oder die Landrätin wird nach der neuen Kommunalverfassung aus dem Jahre 2007 in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl von den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises für die Dauer von acht Jahren gewählt. Bis zum 1.1.2010 könnte der Landrat für die Dauer von acht Jahren durch den Kreistag gewählt werden. Die Abgeordneten des Kreistages haben sich mit knapper Mehrheit für die direkte Wahl und damit für mehr Demokratie entschieden.

Im Januar sind wir erstmals von diesem kleinen demokratischen Fortschritt betroffen. Wir müssen uns eine Meinung bilden und zur Wahl gehen. Sonst nützt das alles nichts.

Die direkte Wahl stärkt die Position des Landrates. Als Chef der Kreisverwaltung, Kommunalaufsicht und Vorsitzender des wichtigsten Ausschusses des Kreistages ist der Landrat zukünftig durch die direkte Wahl unmittelbar den Wählern verpflichtet.

Zur Wahl stehen zwei ganz unterschiedliche Konzepte und Kandidaten. Herr Ihrke und seine sozialdemokratische Partei, als angepaßte Vertreter der westlichen Ordnung wollen weiter machen wie bisher. Leider verringert sich mit den Nutznießern auch die Zustimmung zu ihrer Politik ständig. Sie stimmten im Kreistag gegen die direkte Wahl des Landrates. Frau Mächtigt und die Linkspartei wollen weiterführende Veränderung hin zu mehr Mitbestimmung, Demokratie und sozialem Ausgleich. Das Konzept findet wachsende Zustimmung, wie die Wahlergebnisse für die Linke zeigen. Immerhin hat Frau Mächtigt die direkte Wahl für den Landtag im Wahlkreis gewonnen.

Auf der einen Seite stehen Gewinner der Wende und auf der anderen Seite eine starke Frau mit vielen Freunden, die sich nach einer großen Niederlage wieder aufgerappelt haben. Hier der altgediente, erfolgsverwöhnte, selbstgefällige Amtsinhaber und dort die umtriebige, aufstrebende Fraktionsführerin der stärksten Oppositionspartei.

Herr Ihrke will, daß es weiter geht wie bisher. Frau Mächtigt will verändern. Herr Ihrke verfügt über den Amtsbonus. Frau Mächtigt wird von vielen Gleichgesinnten unterstützt. Herr Ihrke sitzt auf dem absteigenden Ast und Frau Mächtigt klettert an die Spitze.

Die Abstimmung im Januar wird spannend. Hoffentlich nutzen viele Wähler ihr neues Recht und stimmen ab. Die neue Amtsträgerin wird sich über jeden Helfer freuen. Helft ihr und verbessert auf diese Weise die politische Kultur im Landkreis.

Dr. MANFRED PFAFF

»KOMMIT-Barnim I« trägt erste Früchte

Der Beirat für Migration und Integration des Landkreises Barnim hat einen ersten Kompetenzentwicklungsworkshop »KOMMIT« durchgeführt. KOMMIT bedeutet: Kompetenz für MigrantInnen.

Mitte November traf sich der Beirat in der Jugendbildungsstätte »Kurt Löwenstein« in Werftpfuhl, um gemeinsam mit der Integrationsbeauftragten des Landkreises Barnim, Marieta Böttger, nachzudenken und zu diskutieren. Dabei ging es um die Rolle des Beirates und dessen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Durch eine methodisch geschickte Moderation gelang es der Moderatorin, Henrike Krüsmann, alle Anwesenden einzubeziehen und für solche Themen wie Organisations- und Konfliktmanagement sowie Ideenfindung und Festlegung von Verantwortlichkeiten zu erwärmen. Die Beiratsmitglieder lernten außerdem, die gewonnenen Erkenntnisse in ihren eigenen Migrantenselbstorganisationen anzuwenden.

Als erstes Ergebnis dieses Workshops entstand ein konkreter Arbeitsplan für das näch-



ste Jahr. So wird es weitere Treffen mit Kommunalpolitikern und der Verwaltungsspitze geben, um die Gesprächspartner für die Belange von Zugewanderten zu sensibilisieren.

Der Beirat für Migration und Integration, in seiner jetzigen Zusammensetzung, arbeitet seit über einem Jahr im Landkreis. Er vertritt die Interessen der hier lebenden Migrantinnen und Migranten und setzt sich für Chancengleichheit aller Barnimer, unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion ein.

ALEKSANDR LOPYROV, Vorsitzender des Beirates für Migration und Integration

Bahnhöfe bis Ende 2011 behindertengerecht

Enkelmann (DIE LINKE): Bahn muß Zusage der Bundesregierung schnell umsetzen

Bernau (bm). Die Bahnhöfe Bernau und Zepernick werden bis Ende 2011 behindertengerecht umgestaltet. Dies geht aus der jetzt vorliegenden Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE hervor. Finanziert werden die Umbauten der beiden Bahnhöfe mit Hilfe der laufenden Konjunkturprogramme, geht aus der Antwort weiter hervor. Dazu schließe der Bund mit der DB Station & Service AG entsprechende Vereinbarungen ab.

»Die Zusage des Bundes muß möglichst schnell von der Bahn verwirklicht werden«, fordert dazu die direkt gewählte Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann. »Schon lange setzt sich DIE LINKE dafür ein, daß diese und weitere Bahnhöfe endlich barrierefrei werden. Das sollte in Interesse der Reisenden eigentlich eine Selbstverständlichkeit

sein und nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden,« betont Enkelmann. Sie werde die Bundesregierung bei einer raschen Umsetzung in die Pflicht nehmen.

Nach Enkelmanns Ansicht kann es nicht dabei bleiben, daß – nach den vorliegenden Planungen – auch nach 2011 die Personenbahnhöfe Cottbus, Königs Wusterhausen, Erkner, Potsdam-Charlottenhof, Eichwalde, Falkenberg (Elster), Finsterwalde, Zossen, Eisenhüttenstadt, Velten, Belzig, Ruhland, Michendorf und Wustermark nach wie vor teilweise oder ganz und gar nicht barrierefrei bleiben sollen. Neben Bernau und Zepernick wird mit Hilfe der Konjunkturprogramme einzig noch der Bahnhof Dallgow-Döberitz nach den Angaben der Bundesregierung bis Ende 2011 behindertengerecht umgestaltet.

Zweifelhafter Grundstücksankauf in Bernau

Bernau (grüne). Zu dem in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Grundstücksankauf durch die Stadt in der Klementstraße erklärt der stellvertretende Kreisprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Thomas Dyhr: »Der beabsichtigte Kauf ist als Vorratskauf rechtswidrig, da eine Gemeinde gemäß Brandenburger Kommunalverfassung Vermögensgegenstände nur erwerben soll, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist oder wird. Für den Ankauf des Grundstücks aus Steuergeldern ist aber derzeit offensichtlich kein Bedarf vorhanden und es besteht zudem das Risiko eines überhöhten Kaufpreises. Daher wird der bündnisgrüne Stadtverordnete Klaus Labod diesen Beschluß bei der Kommunalaufsicht des Landkreises Barnim zur Überprüfung vorlegen.«

Die Barnimer Bündnisgrünen appellieren an Landrat Ihrke, diesen Beschluß als Kommunalaufsicht zu kassieren, damit Machenschaften wie beim berüchtigten Kölner Klüngel nicht auch im Barnim einreißen.

Die StVv Bernau hatte in der letzten Woche in nichtöffentlicher Sitzung mit den Stimmen von CDU und SPD einer Beschlußvorlage von Bürgermeister Handke zum Kauf eines Grundstücks in der Klementstraße 10 zugestimmt, das derzeit nicht benötigt wird. Der Kaufpreis soll gutachterlich ermittelt werden, obwohl das Grundstück bereits zwangsverwaltet wird und die Zwangsversteigerung angeordnet ist. Es bestehen daher Gerüchte, daß es sich bei dem Kauf um einen Gefallen zugunsten des Grundstücksbesitzers handelt.

Stadtverwaltung mit gewerkschaftsfreier Zone

Eberswalde (bbp). Mit der Pressemitteilung über die Verhandlungen zum Haustarifvertrag (www.eberswalde.de) hat der Eberswalder Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff zweifellos einen öffentlichkeitswirksamen Coup gelandet. Die Gewerkschaft ver.di wurde überrascht. Bei aller Schärfe tariflicher Auseinandersetzungen dürfte der – gar von der Personalratsvorsitzenden Barbara Bunge (die selbst Gewerkschaftsmitglied ist und bis vor kurzem ehrenamtliche Vorsitzende des ver.di-Fachbereichs Gemeinden war) unterstützte – offene Aufruf einer öffentlichen Verwaltung einzigartig sein, daß die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten ihrer Gewerkschaft den Rücken kehren sollen. Die jahrzehntelang eingeübten Verhandlungsrituale scheinen aufgehoben.

»Mich erinnert die kontraproduktive Art und Weise, wie Herr Gatzlaff mit einem an ein übles Schwarze-Peter-Spiel«, meldete sich inzwischen die stellvertretende ver.di-Landesbezirksleiterin Astrid Westhoff zu Wort. »Und die Beschäftigten haben es zum Teil anscheinend noch nicht durchschaut. Betriebsbedingte Kündigungen erklärt noch immer der Arbeitgeber«, sagt Westhoff, »und nicht die Gewerkschaft ver.di.«

Bei dem Haustarifvertrag in der Stadtverwaltung Eberswalde, erklärt die Gewerkschaftlerin, handele es sich um einen »Absenkungstarifvertrag in einem wirtschaftlichen Wert von 5 % Minus«. Dabei gelten für einzelne Beschäftigungsgruppen verschiedene Verträge. Das pädagogische Personal ist aufgrund eines Absenkungstarifvertrags noch bis Ende 2011 vor betriebsbedingten Kündigungen geschützt, die übrigen angestellten Beschäftigten der Stadtverwaltung bis Ende Juli 2010. »Es gibt Schriftwechsel, Telefonate und auch einen bereits letzte Woche angebotenen Gesprächstermin zwischen

der Stadt Eberswalde und dem ver.di Landesbezirk.« Bereits Anfang November habe der ver.di Landesbezirk der Stadtverwaltung aufgegeben, »die Unterlagen beizubringen, die belegen, daß überhaupt die Voraussetzungen des Tarifvertrages zur sozialen Absicherung greifen. Nach dem was wir bislang kennen und lesen konnten, greifen sie nicht.« Allerdings habe ver.di am 19. November noch ganze Ordner zugeschickt bekommen, die noch nicht alle geprüft wurden.

Die Personalratsvorsitzende Barbara Bunge sei über alle Schriftwechsel zwischen ver.di und Stadtverwaltung informiert gewesen. »Ich meine es sehr ernst«, hatte Astrid Westhoff auch der Personalratsvorsitzenden versichert, »daß der Schutz von Arbeitsplätzen für ver.di wichtig ist. Das ist Bestandteil unseres täglichen Kampfes. Aber die bloße Behauptung wir wollten das nicht, ist nur eines von vielen beliebten Mitteln in der täglichen Auseinandersetzung mit der Arbeitgeberseite, mit der sie versuchen Druck aufzubauen. Ich hoffe, die Beschäftigten erkennen das selbst auch.«

Gegenüber der Stadtverwaltung sei zum Ausdruck gebracht worden, daß die Gewerkschaft ver.di sich stets nicht nur für Einkommen und Arbeitsbedingungen, sondern auch für den Schutz von Arbeitsplätzen eingesetzt habe. Es sei aber ein krasses Mißverständnis, wenn die Eberswalder Verwaltungsspitze glaube, daß dies immer in der Weise geschehen müsse, »die von Arbeitgeberseite gerade die bevorzugte Variante darstellt.«

»Mein bisheriger Eindruck ist«, so die stellvertretende Landesbezirksleiterin, »Herr Gatzlaff möchte auf dem Rücken seiner Leute Haushaltskonsolidierung betreiben und versucht via Öffentlichkeit und indem er die eigenen Leute uns gegenüber instrumentalisiert, ver.di zu erpressen.«

Die Gewerkschaft ver.di will, sagt der Eberswalder ver.di-sekretär Dieter Korte, alle speziell im Osten geltenden »Sonderregelungen abschaffen bzw. in die Tarifrunde 2010 einbringen. Es könnte also nach dann 21 Jahren für den Osten gelten, was in allen Westkommunen gilt.«

Verfehlte Eberswalder Finanzpolitik:

»Angestellte sollen zur Kasse gebeten werden«

»Rathaus droht der Gewerkschaft / Mehr als 20 Arbeitsplätze in Gefahr.« Unter dieser Überschrift berichtet die lokale Tageszeitung über eine Mitteilung der Stadtverwaltung Eberswalde, die am 20. November an die Medien ging.

Was tags zuvor noch Gegenstand der nichtöffentlichen Sitzung des Hauptausschusses war, wurde am nächsten Tag über die Presse der Öffentlichkeit serviert. In der Presseerklärung heißt es u.a.: »Der Hauptausschuß der Stadtverordnetenversammlung wurde am 19.11.2009 informiert...«. Damit wird der Anschein erweckt, daß das Vorgehen vom Hauptausschuß der StVv gebilligt wird.

Tatsache ist, daß der Hauptausschuß nur informiert wurde und dies zu fortgeschrittener Stunde und ohne jede schriftliche Unterlage. Ein Beschluß des Hauptausschusses wurde dazu nicht gefaßt. Der Punkt stand auch nicht auf der Tagesordnung, sondern versteckte sich hinter dem TOP »Informationen aus der Verwaltung«. Eine fundierte Diskussion über die Information des Verwaltungsdezernenten war weder möglich, noch wurde sie geführt. Sie ist bei reinen Informationen auch nicht üblich.

Das ist die Informationspolitik des Verwaltungsdezernenten. Nachdem die Stadtverwaltung wochen- und monatelang den Haustarif zu verlängern suchte, wird der Hauptausschuß mehr oder weniger überfahren. Sofern die Meinung des politischen Raumes zum Problem gefragt ist, bestand genügend Zeit, die politischen Gremien einzubeziehen.

Völlig inakzeptabel ist die Praxis, die Gewerkschaftsmitglieder gegen die Nichtmitglieder auszuspielen. Daß die Stadt die gewerkschaftlich organisierten Angestellten auffordert, von ihrer Tarifkommission die Verlängerung der zwischen Verwaltungsspitze und Personalrat (wessen Interessen vertritt dieser eigentlich?) ausgehandelte Haustarifversion einzufordern, und im Falle der Ablehnung aus der Gewerkschaft auszutreten, ist ungeheuerlich. Sollen die Gewerkschafter Spießbruten laufen?

Die Verwaltungsspitze droht, 20 Arbeitsplätze zu streichen und Lehrlinge nicht zu übernehmen, falls der Haustarifvertrag nicht verlängert wird. Nach der Methode »hält den Dieb« wird damit versucht, dem Tarifpartner ver.di die Verantwortung für den Arbeitsplatzverlust zuzuschieben. Tatsächlich aber versucht die Stadtverwaltung die finanziellen Probleme der Stadt auf die Angestellten abzuwälzen. Dies ist bereits mit dem noch geltenden Haustarifvertrag geschehen. Es gibt keinen hinreichenden Grund, diesen Haustarifvertrag zu verlängern. Die Stadt Eberswalde hat keine besondere Situation gegenüber anderen Städten Brandenburgs.

Es gilt auch in der Frage der Tarifvertragsgestaltung, was in anderen Fragen gilt: Für alles,

was die Regierenden wollen, ist Geld da. Da werden neue hochdotierte Leute für neu geschaffene Planstellen eingestellt. Da werden zig-tausende Euro für Prozeßkosten, Ruhestandsgelälter und Abfindungen ausgegeben, um Leute nach Hause zu schicken. Es ist auch Geld da für fragwürdige Investitionen und für die Förderung von Investitionen Dritter. Ironisch könnte man fragen: sollen die Angestellten den Ausbau des Eichwerder Ringes mitfinanzieren?

Der Verwaltungsdezernent hat im Zusammenhang mit dem Personalentwicklungskonzept festgestellt, daß ein sofortiger Abbau von Arbeitsplätzen nicht möglich sei und daß die Übernahme von Auszubildenden eine Existenzfrage wäre. Ist das jetzt plötzlich nicht mehr richtig, oder paßt das nur nicht in die momentane Argumentationslinie? Der Verwaltungsdezernent muß sich ferner fragen lassen, ob der von den Angestellten geforderte Lohnverzicht auch von den nicht nach Tarif Bezahlten geleistet wird?

Bürgermeister Boginski täte gut daran, in der Frage der Tarifgestaltung die Abgeordneten umfassend zu informieren und deren Meinung zur Grundlage von Entscheidungen zu machen.

Turnhallenverkauf mit Anschubfinanzierung

500.000 Euro Investitionen sind nur noch 1 Euro wert

Eberswalde (bbp). Der Verkauf städtischer Liegenschaften zum »Negativpreis« macht Fortschritte. Nach der im Oktober beschlossenen faktisch kostenlosen Übereignung des Schulgeländes an der Fritz-Weineck-Straße in Finow an den Landkreis, soll nun die Sporthalle »Schwäzeseek« an der Potsdamer Allee für 1 Euro an den Sportverein Motor Eberswalde abgegeben werden.

Dieser Preis sei gerechtfertigt, heißt es seitens der Stadtverwaltung, weil sich die Halle »in einem schlechten baulichen Zustand« befinde. Dabei hatte die Stadt in den Jahren 1996 bis 2000 runde 413.000 Euro in die Erneuerung des Hallenbodens und in die sanitären Anlagen investiert. Im Schulentwicklungsplanentwurf des Jahres 2005 war ein weiterer Investitionsbedarf von 316.000 Euro avisiert. Davon sind laut 2006 veröffentlichter Haushaltsabrechnung schon im Jahr 2004 Investitionen in Höhe von 50.000 Euro realisiert worden. Im Rechnungsabschluß für 2008 werden weitere 35.000 Euro erwähnt, die in Instandsetzungsarbeiten geflossen sind. An der Bewertung des baulichen Zustands änderte das nichts. Die knapp 500.000 investierten Euro werden bei dem Verkauf mit 1 Euro bewertet.

Um dem Verein die Übernahme der Sportstätte wirtschaftlich tragbar zu machen, soll zudem eine finanzielle Zuwendung in Höhe von 98.000 Euro als Anschubfinanzierung ausgereicht werden. Die Anschubfinanzierung soll sich über drei Jahre erstrecken und in Teilsummen von 39.000, 38.000 und 21.000 Euro an den Verein ausgezahlt werden. Die Anschubfinanzierung liegt damit über den bisherigen Nettokosten, die im Jahr 2009 laut Haushaltsplan 30.700 Euro betrug. Neben den laufenden Betriebskosten soll der Verein aus der Anschubfinanzierung auch »zwingend notwendige bauliche Unterhaltungsmaßnahmen« durch-



führen. Dazu gehören auch Maßnahmen zur energetischen Sanierung der Halle, um »in der Folge eine wirtschaftliche Unterhaltung der Sporthalle zu gewährleisten«.

Die Stadtverwaltung sieht in der Abgabe der Sporthalle einen »Beitrag zur Haushaltskonsolidierung«. Nach der Schließung fast aller Schulen im Brandenburgischen Viertel wird die Sporthalle »für städtische Zwecke nicht mehr benötigt« und dementsprechend nur noch als lästiger Kostenfaktor wahrgenommen, für den in städtischer Hand »mangels kommunaler Nachnutzung lediglich die mit Kosten verbundene Schließung oder ein Abriß in Frage gekommen (geschätzte Abrißkosten in Höhe von mindestens 50.000 Euro)« wäre.

Das Modell der Sporthallen-Übertragung für einen symbolischen Euro mit anschließender Anschubfinanzierung war schon im Jahr 2006 mit dem Sportverein Medizin erfolgreich praktiziert worden. Damals gab es eine Anschubfi-

nanzierung in Höhe von 17.000 Euro zur Finanzierung einer modernen Heizungsanlage und weitere 30.000 Euro für kurzfristig baulich notwendige Maßnahmen. Weitere 55.000 Euro wurden für Wärmedämmmaßnahmen, Fenstererneuerung und die Modernisierung der Sanitäranlagen in Aussicht gestellt. Ob diese avisierten Gelder tatsächlich geflossen sind und welche Summen seitens der Stadt in den Vorjahren in die Sporthalle des SV Medizin investiert wurden, konnte bis Redaktionsschluß nicht in Erfahrung gebracht werden.

Diese und weitere Fragen, wie beispielsweise jene, warum es keine Ausschreibung der Sporthalle gab oder wie einem ruinösen Wettbewerb zwischen den Sportvereinen vorgebeugt werden kann, dürften in den Ausschüssen für Jugend, Kultur und Sport sowie für Finanzen, die am 2. und 3. Dezember über den vorgeschlagenen Verkauf der Sporthalle »Schwäzeseek« beraten, eine Rolle spielen.

Elternnetz BEN

Seit April diesen Jahres gibt es in unserem Landkreis einen BEN-Knotenpunkt. Die Abkürzung BEN steht dabei für bundesweites Elternnetz. Dabei handelt es sich um ein zum größten Teil ehrenamtlich betreutes Mikroprojekt im Eltern-Kind-Zentrum des Brandenburgischen Viertel. Im Mittelpunkt steht eine Datenbank für Angebote rund um die Familie, die in anderen Regionen hohe Zugriffszahlen aufweist.

Nun haben wir die Aufbauphase geschafft und können schon etwas in der Datenbank aus dem Landkreis Barnim präsentieren. Auf die BEN-Datenbank kann über die Internetseite des Eltern-Kind-Zentrums (www.ekz-ewbv.de) zugegriffen werden.

ANDREA BAUROTH, JENNY WÖRPEL & KÜRAN HASSELHUHN

Wieder ein neues Wohngebiet

Altenpflegeheim und Einfamilienhäuser in der Eberswalder Schleusenstraße

Eberswalde (bbp). Die von Duisburg aus agierende und mit Hauptsitz im bayerischen Sonthofen beheimatete Firmengruppe Dieter Conle beabsichtigt, als Eigentümerin der Gewerbefläche des ehemaligen Chemiehandels Berlin in der Eberswalder Schleusenstraße die gewerbliche Nutzung komplett aufzugeben. Die bestehenden Gebäude, vom alten Zollamt abgesehen, sollen abgerissen werden.

Das Nachnutzungskonzept der Conle-Gruppe sieht eine Wohnentwicklung vor, dessen Kern das »Pflegeheim der Zukunft«, bestehend aus jeweils einem Bereich Servicewohnen, Betreutes Wohnen und Pflegeheim, darstellen soll. Angrenzend an das Pflegeheim sollen

außerdem bis zu 21 Baugrundstücke für den individuellen Eigenheimbau zur Verfügung gestellt werden.

Einen entsprechenden Bebauungsplan sollen die Eberswalder Stadtverordneten auf ihrer Sitzung am 17. Dezember mittels Aufstellungsbeschluß auf den Weg bringen. In der Folge soll der Bereich dann auch im Flächennutzungsplan der Stadt, welcher das entsprechende Gebiet derzeit noch als gemischte Baufläche darstellt, in Wohnbaufläche geändert werden. Die Kosten für die städtebauliche Planung sowie der notwendigen Erschließungsmaßnahmen sollen von der Firmengruppe Dieter Conle übernommen werden.

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2010:

Verfehlt Strategie *wird fortgesetzt*

Der städtische Haushalt ist konzentrierter Ausdruck der Kommunalpolitik. Der Fraktion Die Fraktionslosen geht es mit dieser Stellungnahme nicht um ausgewählte Einzelpositionen des Haushaltsentwurfs, sondern um die Grundzüge kommunaler Finanzpolitik der Stadt Eberswalde.

Diese entspricht nach unserer Auffassung nicht den Bedürfnissen der Bürger und nicht den Anforderungen der Zeit. Auch mit dem Haushalt 2010 setzt die Stadt eine verfehlt Strategie fort. Die Eberswalder Kommunalpolitik ist weniger von eigenen Programmen und Zielstellungen bestimmt, als vielmehr von den Möglichkeiten Fördermittel zu akquirieren. Dies war schon so in Zeiten des Bürgermeisters Schulz und das ist so geblieben unter Bürgermeister Boginski. Mit dem Blick auf Fördermittel hatte sich die Stadt in das wirtschaftliche Desaster der LAGA gestürzt und mit dem gleichen Blick plant die Stadt heute Straßen, Bürgerbildungszentrum und andere Investitionen, die sie ohne Fördermittel unterließe, weil sie die Leistungskraft der Stadt übersteigen.

Wegen relativ geringer finanzieller Einsparungen hat sich die Stadt von den weiterführenden Schulen getrennt und reißt eine Schule nach der anderen ab. Als nächstes ist der Abriß der Schwärzeseeschule geplant. Dabei werden die negativen Folgen für die Ortsteilentwicklung in Kauf genommen. Doch nicht genug, daß die Schulen unter Verzicht auf ihren tatsächlichen Wert an den Landkreis abgegeben wurden. Die Stadt setzt noch eins drauf und macht sich zum Fördermittelgeber für Schulprojekte des Landkreises.

Eine ausgeglichene Entwicklung der Ortsteile findet auch im Haushalt 2010 keine Berücksichtigung. Bei aller Berechtigung eines Vorranges des engeren Stadtzentrums ist eine derartige Vernachlässigung der Ortsteile nicht zu akzeptieren. Der Entwicklung des Brandenburgischen Viertels mit Hilfe von EU-Mitteln stehen kommunale Entscheidungen entgegen, wie die Bebauung im Bereich der Kreuzung Spechthausenerstraße/Eberswalder Straße (die auf die Nahversorgung im Brandenburgischen Viertel Einfluss haben) und wie Entscheidungen zur Schulentwicklung (die das öffentliche Leben im Wohngebiet einschränken, es bleibt nur noch die Grundschule.). Für den Stadtteil

Finow gibt es noch nicht einmal eine Entwicklungskonzeption für das Ortszentrum. Trotzdem werden Entscheidungen zur Flächennutzung und zum Flächenverkauf getroffen, die der Zentrumsentwicklung entgegenstehen (Kinderspielplatz/Parkanlage; Verkauf Schulgrundstück Weineckstraße). Bei aller Anerkennung der Sanierung und Entwicklung des Stadtzentrums bedürfen die geplanten Maßnahmen dringend einer Prüfung auf Eignung und Nachhaltigkeit. Eine einseitige Orientierung auf Wiederherstellung früherer Bebauungen (z.B. Töpferstraße und Ratzeburgstraße) und damit verbundene Zentrumsverdichtung steht im Widerspruch zu einer notwendigen Modernisierung und bringt verkehrstechnische Probleme, die die Bürger belasten. Den Eichwerder Ring lehnen wir ab, weil wir dafür durchaus andere Möglichkeiten sehen.

Der Versuch der Stadt, Probleme der Stadtentwicklung über die Kommunalen Unternehmen zu lösen, steht im Widerspruch zu den originären Aufgaben, führt zwangsläufig zu deren Überlastung, gefährdet ihre Existenz und bedeutet in der Regel erhöhte Belastungen für die Bürger, mit deren Geld diese Unternehmen arbeiten. Die Sanierung von Gebäuden, der Betrieb bzw. die Verwaltung von Gaststätten und Bürogebäuden müssen unterbleiben.

Die wirtschaftliche Tätigkeit der kommunalen Unternehmen ist nicht unmittelbarer Bestandteil des städtischen Haushaltes. Die Stadtverordneten besitzen darüber nur Informationen über zurückliegende Zeiträume. Im Sinne einer komplexen Planung aller Wirkungen für den städtischen Haushalt, sollten jedoch auch die Planungen der städtischen Unternehmen in den Haushalt einfließen. So wie einerseits die Stadt als Gesellschafterin dieser Unternehmen Verluste ausgleichen muß, sollten die Unternehmen in schwierigen Zeiten auch einen Beitrag zum Haushaltsausgleich der Stadt leisten. Auf jeden Fall aber muß verhindert werden, daß künftige Verluste der kom-

munalen Unternehmen die Stadt belasten. Wir akzeptieren nicht, daß trotz extremer Probleme der TWE bis zur Stunde keine Sanierungskonzeption vorliegt und die Firma sehenden Auges auf ihr Ende zugeht.

Die Stadt Eberswalde wirbt für sich unter anderem mit ihrem Bürgerhaushalt. Die Bereitschaft zur Arbeit mit einem Bürgerhaushalt ist lobenswert, bisher aber in Ansätzen stecken geblieben. Der Haushaltsentwurf enthält im Punkt »Erläuterungen zum Haushaltsentwurf 2010« eine »Übersicht der Änderungen zum veröffentlichten Entwurf des Bürgerhaushaltes gegenüber dem beigefügten Planentwurf«. Es ist nicht nachzuvollziehen, was die aufgeführten Angaben mit den angenommenen Vorschlägen der Bürger im Rahmen des Haushaltsplanes zu tun haben. Fakt ist vielmehr, daß die angenommenen Bürgervorschläge keine Auswirkungen auf den Haushaltsplan 2010 haben. Sie beschränken sich auf »Prüfungen« der Machbarkeit. Dabei waren durchaus Vorschläge darunter, die keine Kosten verursacht, sondern Einsparungen bewirkt hätten, wie z.B. der Verzicht auf den Abriß der Schwärzeseeschule.

Im Vorfeld der Haushaltsdiskussion wurde die diesjährige Situation der Haushaltsplanaufstellung sehr kritisch beschrieben. Die Wirtschaftskrise und Finanzkrise mache harte Einschnitte erforderlich. In Überlegungen zu einer Aufgabenkritik wurden von der Stadtverwaltung allen Ernstes solche Aufgaben in Frage gestellt, wie die Bibliothek, das Museum, die Außenstellen des Bürgeramtes, gegebenenfalls auch der Zoo Eberswalde. Von dieser Brisanz findet man nichts im Haushalt. Die Verwaltung legt einen ausgeglichenen Haushalt vor, wenn auch der Ausgleich nur mit einem Griff in die Rücklagen erreicht wird. (Vor diesem Hintergrund wäre der »Vorbericht«, der noch nicht vorliegt, besonders hilfreich gewesen, um die Überlegungen und Unterstellungen der Verwaltung kennen zu lernen).

Es ist jedoch besonders fragwürdig, wie angesichts der »kritischen Situation« das Schulgrundstück Fritz-Weineck-Straße quasi verramscht wurde und die Stadt sogar noch einen Investitionszuschuß in Höhe von 155.000 Euro an den Landkreis gewährt.

Die vorstehenden Kritiken am Haushaltsentwurf 2010 haben keine Chance, im Haushalt berücksichtigt zu werden, denn all diese Kritikpunkte haben bereits gefaßte Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zur Grundlage, die wir nicht mittragen. Unsere Fraktion kann deshalb dem Haushalt nicht zustimmen.

ALBRECHT TRILLER,

Vorsitzender der Fraktion Die Fraktionslosen

Ausschreibung für Baudezernenten beendet

Eberswalde (prest-ew). Mit dem Ende der Bewerbungsfrist 17. November 2009 gingen bei der Stadtverwaltung Eberswalde 25 Bewerbungen um die Stelle der Baudezernentin bzw. des Baudezernenten ein. Die Ausschreibung lief seit 24. Oktober 2009 in großen deutschen Tageszeitungen und weltweit über die bekannten Internetportale sowie die Homepage der Stadt. Bundesweit bewarben sich Frauen und Männer um die Position des Baudezernenten. Die Entscheidung über die Besetzung der Stelle trifft

die Stadtverordnetenversammlung. Das Vorschlagsrecht hat der Bürgermeister. Geplant ist, die Entscheidung Anfang des Jahres 2010 zu treffen.

Beratung für Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Ein Gespenst geht um

Ein Gespenst geht um im Barnim – das Gespenst des Kommunismus! Nein, das ist natürlich Quatsch. Diese Metapher ist maßlos übertrieben. Doch spürt man das Zittern im wunderlichen Eckzimmer über dem Eberswalder Marktplatz. »Freie Wahlen« stand vor 20 Jahren auf den Plakaten, ehe Bananen und Begrüßungsgeld den Gang der Dinge bestimmten. Viele derer, die im Oktober und November 89 auf die Straße gingen, flogen ein paar Monate später auf selbige. Anderen verhalf der verordnete Elitenwechsel zum Karrieresprung.

Damals galt der neue Landrat angesichts der verbreiteten Anti-DDR-Hysterie vergleichsweise als moderat. Einer seiner Dezernenten war gar bis Ende 1990 formell Mitglied des Kreisvorstandes der PDS. Das änderte nichts an den realen ökonomischen Umwälzungen, die auch der neue Landrat kräftig vorantrieb. Emsige Aktivitäten entwickelte er damals auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung – bis dies Mitte der 90er Jahre zum »Abwasserproblem« geriet und jahrelangen Zank zwischen Bürgermeistern und Bürgerbewegung verursachte. Große Ankündigungen gab es Anfang der 90er Jahre auch bezüglich des Technologie- und Gewerbeparks. Der dortige Schweinezucht- und -mastbetrieb hatte zwar ökonomische, aber dank der Haltung des Landrats keinerlei politische Chancen. Bis zu 5.000 japanischen Arbeitsplätze sollten dort entstehen ...

Als die Visionen alle als Illusionen erkannten, zog sich der Landrat zurück. Er ließ andere machen und störte fortan keinen. Der Burgbau auf dem ehemaligen Pavillonplatz, mit schiefen Treppen und den surrealen Sexualträumen Wunderlichs verziert, dokumentiert den Zustand. Beim Zerfall des Amtes Oderberg schaute er zu. Selbst beim Versuch, als Krankenhauschef in eine andere Lebensperspektive zu kommen, scheiterte er. Der Landrat hatte vergessen, zuvor zu kündigen.

Nun trennt ihn nur noch eine achtjährige Wahlperiode von der verdienten Rente. »Freie Wahlen« – und dazu noch direkte – könnten diese schöne Lebensperspektive zerstören.

Ein »störungsfreier« Landrat wäre weiter vielen angenehm. Und doch steht der Landrat alleine da. Denn man hält sich bedeckt.

Zu Beton-Schulz-Zeiten waren die Zeitungen voller Unterstützeranzeigen. In den Landrat investiert keiner sein Geld. Der läßt inzwischen unzählige Pressemitteilungen schreiben, doch die Zeitungen drucken kaum was davon. Auch der extra ins Landratsbüro geholte Öffentlichkeitsarbeiter hat nur zwei mißratene Wahlkampagnen als Referenz.

E bleibt die Hoffnung, daß keiner zur Wahl geht. Bei zu geringer Beteiligung würde die Landratswahl an den Kreistag zurückfallen. Da hat die Landratsfraktion schon für entsprechende Mehrheiten vorgesorgt, daß trotz der landespolitischen Veränderungen im Barnim, alles bleibt, wie es war.

GERD MARKMANN

Umweltmagazin »Ozon« erhalten

Zwanzig Jahre nach der ersten Sendung soll das Umweltmagazin »Ozon« offenbar eingestellt werden. Kritischer Journalismus, der nicht vordergründig die Wünsche von Wirtschaft und Regierungen bedient, ist immer weniger gewollt. Die Pläne des RBB überzeugen nicht. Das Etikett »Ozon« soll auf Sendungen geklebt werden, in denen kein »Ozon« drin ist. Gerade in einer Zeit, in der Fragen von Klimaschutz und einer zukunftsfähigen Lebensweise wichtiger denn je sind, gilt es aber, umweltkritische und aktuelle Angebote im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht ab-, sondern auszubauen. Es ist zudem ein besonderer Akt der Rücksichtslosigkeit, das TV-Magazin jetzt – 20 Jahre

nach dem Mauerfall – zu beerdigen. »Ozon« war ein Ergebnis der demokratischen Öffnung auch der DDR-Medien. Diese Tür soll offensichtlich wieder zugeschlagen werden. Die erste OZON-Sendung hatte es am 21. November 1989 unter dem Titel »Luft zum Atmen« gegeben. Studiogast war damals übrigens auch der Ingenieur für Kommunalhygiene, Matthias Platzeck. Ich fordere hiermit den wiedergewählten Ministerpräsidenten auf, seinen Einfluß geltend zu machen, um das Aus für das inzwischen in der bundesdeutschen Fernsehlandschaft nahezu einmalige Magazin zu verhindern.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Müllberg soll Energiepark werden

Eberswalde (prest-bar). An die 70 Meter ragt der Berg der Deponie Eberswalde Ostend in die Barnimer Landschaft. Oben riecht es ein wenig vergoren, der Schutt staubt, zwei Bagger schieben Erde und Abfall an den Hügel. Bis zum Ende des Jahres soll es damit vorbei sein. Dann wird die Deponie endgültig geschlossen. Der Landkreis ist als Betreiber verantwortlich für die Sicherung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie. »Dazu sind drei Bauabschnitte vorgesehen«, erklärte der Deponieverantwortliche beim Landkreis, Jörg Vach. Zuerst werde die Oberfläche abgedichtet, danach muß für einen Wasserabfluß gesorgt werden, am Ende wird der Deponiekörper begrünt. Mehr als Gras werde das jedoch nicht sein, erklärte Jörg Vach, weil Wurzeln von Bäumen und Sträuchern die Oberflächenabdichtung beschädigen könnten. Die Sicherung und die anschließende Nachsorgephase von 30 Jahren kosten etwa 25 Millionen Euro. Dafür hat der Landkreis Rücklagen gebildet.

Seit Mitte der 1950er Jahre wurde in Osten der Müll abgeladen. Bis heute hat sich ein Volumen von etwa vier Millionen Kubikmeter angesammelt. Derzeit läßt die Verwaltung prüfen,

wie das 16 Hektar große Areal des Deponekörpers zukünftig genutzt wird.

Geplant ist ein Energiepark mit regenerativen Energien in den die bestehende Anlage einbezogen werden soll. Auf dem Gelände befindet sich nicht nur der riesige Müllberg (Deponiekörper), sondern auch eine Gasverwertungsanlage. Sie erzeugt aus dem im Deponekörper entstehenden Gas Strom, der in das öffentliche Netz eingespeist wird, was dem Landkreis im Monat 35.000 Euro Einnahmen bringt. Mit der Abwärme aus der Anlage wird der Betriebshof geheizt. Auch der gleich neben der Deponie liegende Recyclinghof paßt sich in diese Strategie ein. Verschiedenste Stoffe werden getrennt und können so wieder verwertet werden. Auf den Recyclinghöfen in Eberswalde und dem provisorischen in Bernau können Haushalte jede Art von Abfällen entsorgen. (Schadstoffe werden nur in Eberswalde entgegen genommen). »Beide Höfe werden sehr gut angenommen und haben von Jahr zu Jahr mehr Kunden«, berichtete Jörg Vach. In Eberswalde gaben 2008 etwa 57.000 Menschen ihren Müll ab, in Bernau waren es im gleichen Jahr 33.500.

Solidarisch mit Bildungsstreik

Gewerkschaft ver.di fordert leistungsfähiges und gerechtes Bildungssystem

»Bildung hat ihren Preis, und sie ist diesen Preis auch wert«, betonte Petra Gerstenkorn, Bundesvorstandsmitglied der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di). Wer am Bildungssystem spare, laste der Gesellschaft hohe Folgekosten auf. ver.di erkläre sich solidarisch mit dem Bildungsstreik und unterstütze die Proteste gegen die unzumutbare Situation und strukturellen Defizite. Der OECD-Vergleich zu den Bildungsausgaben bescheinige die deutlichen Mißstände in Deutschland, so die Gewerkschafterin. Für die Verwirklichung eines hochwertigen und leistungsfähigen Bildungssystems, das auch dem internationalen Vergleich standhalte, gebe es einen Mehrbedarf von jähr-

lich mindestens 32,3 Milliarden Euro. Dazu kämen noch Kosten für den Sanierungsbedarf von Gebäuden und Investitionen in Lehrmittel. »Wir fordern ein umfassendes und hochqualifiziertes Angebot an Bildungseinrichtungen, ein hochwertiges, gebührenfreies Bildungsangebot, das von gut ausgebildeten Fachkräften erbracht wird«, erklärte Gerstenkorn. Der Staat sei in der Verantwortung, in Bildung zu investieren und gleiche Bildungschancen in einem öffentlichen und unentgeltlichen Bildungswesen von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule zu garantieren. Der ver.di-Bundesvorstand unterstütze daher die Ziele des bundesweiten Bildungsstreiks.

(ver.di)

Verdoppelung der Hartz IV-Klagen droht

Deutscher Sozialgerichtstag warnt vor Auflösung der ARGEn

Mit großem Unmut bis hin zu blankem Entsetzen reagierten mehr als 130 SGB II-Experten auf einen Bericht über die aktuelle Arbeit des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) anlässlich eines Workshops des Deutschen Sozialgerichtstags am Dienstag dieser Woche. »Das Gute ist: Uns geht die Arbeit nicht aus!« so die sarkastische Bemerkung eines Teilnehmers, mit der er die Stimmung der Sozialrichter, Anwälte, Verbands- und Trägervertreter zusammenfaßte. Zuvor hatte Heiko Siebel-Huffmann für das BMAS berichtet, dort werde mit hohem zeitlichen Druck eine Änderung des SGB II vorbereitet. Ziel sei, die Aufgabenbereiche der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunen bei Hartz IV so zu entflechten, daß Ende nächsten Jahres eine getrennte Aufgabenwahrnehmung möglich werde.

»Eine getrennte Aufgabenwahrnehmung bedeutet, daß zukünftig jeder Leistungsempfänger für den selben Zeitraum zwei Bescheide erhält, einen Bescheid über die Regelleistungen von der Bundesagentur und einen Bescheid über die Kosten der Unterkunft und Heizung von der Kommune,« er-

läuterte Monika Paulat, Präsidentin des Deutschen Sozialgerichtstags, gegenüber der Presse. »Dies bedeutet aber auch,« so Monika Paulat weiter, »daß für jeden Leistungsempfänger zwei verschiedene Akten geführt werden, er bei zwei Stellen Anträge und Unterlagen einreichen muß und für ihn mindestens zwei verschiedene Sachbearbeiter zuständig sind, die sich nicht ohne weiteres miteinander abstimmen können. Zudem muß der Leistungsempfänger im Streitfall zwei verschiedene Klagen erheben. Für die Sozialgerichte rechnen wir daher annähernd mit einer Verdoppelung der Verfahren und dies obwohl die Gerichte trotz erheblicher Personalaufstockung bereits jetzt permanent überlastet sind. Der Deutsche Sozialgerichtstag appelliert daher an die Regierungen im Bund und in den Ländern, alles dafür zu tun, daß es bei der Betreuung eines Leistungsempfängers durch eine einzige Stelle bleibt.«

Hintergrund der Arbeiten des BMAS ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember 2007. Darin hatte das Gericht die Arbeitsgemeinschaften (ARGEn), in denen die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen

Grundsicherungsaufgaben bisher gemeinsam wahrnehmen, in der derzeitigen Form für verfassungswidrig erklärt. Gleichzeitig hatte es den Gesetzgeber aufgefordert, bis Ende 2010 eine Neuregelung zu schaffen. Seither hat es weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit zahlreiche Verhandlungen zwischen Bund und Ländern sowie kontroverse Diskussionen zwischen aber auch innerhalb von Parteien und Fraktionen gegeben. Favorisiert wurden eine Grundgesetzänderung, welche die Arbeit der ARGEn über das Jahr 2010 hinaus sichern sollte, oder eine vollständige Aufgabenübertragung auf die Länder und Kommunen.

Demgegenüber haben sich CDU/CSU und FDP bereits in der Koalitionsvereinbarung gegen eine Grundgesetzänderung und damit für die Abschaffung der ARGEn ausgesprochen. Zwar wird mit der Koalitionsvereinbarung eine vertragliche Zusammenarbeit der Bundesagentur und der einzelnen kommunalen Träger angestrebt, doch kann nach Meinung vieler Fachleute eine den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entsprechende gemeinsame Aufgabenwahrnehmung so nicht erreicht werden.

WULF SONNEMANN,
Deutscher Sozialgerichtstag e.V.



Das letzte »Strike Bike«

Versteigerung zu einem guten Zweck

Nordhausen (bbp). Vor zwei Jahren schlossen nach zwanzigjähriger Produktion die Betriebstore der Firma »Bike Systems« in Nordhausen. Die gut laufende Firma war an den Finanzinvestor Lone-Star verkauft worden, unter dessen Regie die Produktion zunächst weitgehend an andere Standorte verlagert und dann der Betrieb in die Insolvenz getrieben wurde. Die Nordhausener Fahrradbauer ließen das nicht ohne Widerstand über sich ergehen. Nach Bekanntwerden der Schließungspläne besetzten sie in einer »permanenten Betriebsversammlung« ihren Betrieb. Höhepunkt der viermonatigen Betriebsbesetzung war schließlich in der Woche vom 22. bis 26. Oktober 2007 die Produktion des berühmten gewordenen »Strike Bike«. Insgesamt 1837 Exemplare des robusten Dreigangfahrrads wurden damals produziert.

»Alle zusammen oder keiner«

Die Betriebsbesetzung mit Organisation der Produktion in Arbeiterselbstverwaltung steht in der Bundesrepublik ziemlich einzigartig da und erregte damals großes Aufsehen. »In dieser Woche hatten wir ein ganz anders Verhältnis zueinander und Gleichheit durch Einheitslohn«, sagt André Kegel, einer der Aktivisten von damals, kürzlich der Tageszeitung »junge welt« (jw, 24./235.10.2009). »Es gab keine Rivalitäten, keine Grüppchenbildung, keine Arbeit im Stechschritt, dafür super Stimmung, entspanntes Arbeiten und ein Lächeln auf den Lippen«. Angeregt zur selbstverwalteten Produktion wurden die

Nordhausener u.a. durch Vertreter der anarchosyndikalistischen Freien ArbeiterInnen Union (FAU), die sich damals von Anbeginn solidarisch an die Seite der Nordhausener Arbeiter gestellt hatten. Kegel berichtet von Irritationen, weil damals manche in der IG Metall nichts mit der FAU zu tun haben wollte. Sie hatten im Internet entdeckt, daß die kleine Gewerkschaft, von der sie bis dahin noch nie etwas gehört hatten, vom Verfassungsschutz observiert werde. Das habe damals viel Kraft gekostet, so Kegel. »Heute würde ich ganz klar sagen: Alle zusammen oder keiner.«

Weitermachen als Manufaktur

Die Hoffnungen auf einen Erhalt des Betriebes erfüllten sich allerdings nicht. Nachdem die Arbeiter am 1. November 2007 die Schlüssel an den Insolvenzverwalter übergeben hatten, mußten sie zusehen, wie die meisten Produktionsanlagen abtransportiert wurden. Heute stehen die Anlagen in Ungarn.

Doch ein harter Kern der Belegschaft gab nicht auf. Die Bildungsangebote einer Transfergesellschaft nutzten sie, um sich für die Fortführung der Fahrradproduktion in Nordhausen fit zu machen. Aus dem Belegschaftsverein »Bikes in Nordhausen e.V.« entstand im März 2008 die »Strike Bike GmbH«. Das Gründungskapital rekrutierte sich aus dem Sparguthaben einzelner Arbeiter und Gewährleistungsrückstellungen für die Strike-Bike-Produktion. Am 1. Mai 2008 begann die kleine Fahrradmanu-



aktur zu produzieren. Mittlerweile sind 21 verschiedene Modelle im Angebot, die auf Vorbestellung kurzfristig gebaut und geliefert werden.

Ein Stück Solidarität zurückgeben

Für Weihnachten 2009 haben sich die Strike Biker aus Nordhausen noch etwas besonderes ausgedacht. Das allerletzte Rad aus der Strike-Bike-Produktion soll Anfang Dezember bei Ebay meistbietend versteigert werden. »Einen Teil des Erlöses spenden wir einer Hilfsorganisation«, heißt es auf der Internetseite www.strikebike.de. Das besondere an diesem Rad ist: Es hat die Unterschriften sämtlicher an der Produktion beteiligten Mitarbeiter unter dem Lack. Damit ist dieses Rad ein absolutes Einzelstück. Es kommt daher in seinem knalligen Rot und der fauchenden Katze, dem Symbol der FAU, auf dem Steuerkopf. Zwei schwarze Trauerschleifen bezeugen, daß es auch wirklich das letzte Rad aus der Produktion von Bike-Systems war. »Wir werden ein Stück von dem zurückgeben, was wir in unserer Anfangsphase an Hilfe und Solidarität erfahren haben. Wir geben es aber denen die es am meisten betrifft. Den Kindern unserer Gesellschaft.«

Wer regiert das Geld?

Er war letzter Vizepräsident der Staatsbank der DDR und damit Nomenklaturkader des Politbüros der SED. Ihm war der Gesamtbereich der Staatskapitals der DDR bekannt und er versuchte zur Wendezeit in eigener Verantwortung, nach der Abdankung des Präsidenten der Staatsbank, Kaminski, den Kapitalstock der DDR zum größtmöglichen Nutzen für die Bürger der DDR in das kapitalistische System der BRD zu überführen.

Von wem ich rede, ist Dr. Edgar Most, der nicht vergessen hat, woher er kam.

Geboren 1940 in dem kleinen thüringischen Dorf Tiefenort, ist er in einer Familie aufgewachsen, in der täglich mit dem Einkommen streng gerechnet werden mußte. Im Schoße des Bildungswesens der DDR konnte er die Stiegen zum Finanzfachmann von der Pieke auf erlernen. Lehrjahre im Heimatkreis, an der Finanzfachschule in Gotha und, und, und... Berufung in die Sonderbank-Filiale beim Aufbau des Erdölverarbeitungskombinates Schwedt als ganz junger, nun schon ausgebildeter Banker, ließen seinen Gesichtskreis um das Finanzkapital schnell wachsen. Nicht zuletzt seine Kreativität bei der Entwicklung des »Neuen ökonomischen Systems ...« der DDR in den 70er Jahren führte ihn, als deren jüngstes Mitglied, in das oberste Leitungsgremium der Staatsbank der DDR. Als Analyst bekam er den Überblick über das ganze Finanzgefüge der sozialistischen Volkswirtschaft, erkannte frühzeitig deren Schwächen, war aber von der Möglichkeit, Veränderungen herbeizuführen, überzeugt.

In den politisch heißen Herbsttagen 1989 machte er sich seine in 30 Jahren gesammelten Erfahrungen zunutze und versuchte als verantwortungsbewusster aufrechter DDR-Bürger die Geschehnisse während der Wendedemonate bis zur Eingliederung der DDR in die Hände zu nehmen. Nicht jeder verstand seine Handlungen und stempelte ihn zum »Wendehals«, so berichtete Edgar Most seinen gespannt lauschenden Zuhörern im überfüllten Saal an einem Sonntagvormittag der »Offenen Worte« in Bernau.

Während der zwei Stunden konnte man eine Stecknadel zu Boden fallen hören, so sehr waren die Anwesenden von seinen Ausführungen über Hintergründe, Verwicklungen, fast ungläubliche Arroganz der politischen Macher jener Zeit, die als friedliche Revolution bezeichnet wird, gefesselt.

Alle verstanden ihn, wenn er schließlich resümierte: »Geld hat keine Heimat und Kapitalismus keine Moral«. Eine Erkenntnis, die sich jeder zu eigen machen sollte: »Das Wertpapiergeschäft (z.B. Aktien) ist ein großes Pokerspiel, reine Spekulation. Man kann viel gewinnen, aber auch alles verlieren. Wertpapiere zu besitzen, ist noch lange keine Garantie für einen Gewinn. Wer nichts von diesem Spiel versteht, sollte lieber die Finger davon lassen.«

Eine weitere erschreckende Erkenntnis sollte der aus dem gesicherten Arbeitsleben in der DDR herausgerissene Bürger mitnehmen: »Der Mensch im Werte schaffenden Prozeß des Kapitals hat keine persönliche Beziehung mehr zu seiner Arbeit. Es zählt nur der Geld bringende Job. Da ist es gleichgültig, ob, wer und wie jemand auf der Strecke bleibt oder um welche Art von Tätigkeit, wo auch immer, es sich handelt.«

Es würde zu weit führen, den Inhalt des Vortrags weiter darzulegen. Zumal auch die Möglichkeit besteht, weitere Anregungen beim Studium des Buches, E. Most: »50 Jahre im Auftrag des Kapitals – Gibt es einen dritten Weg?« zu bekommen oder sich über das Internet zu informieren. Vielleicht gelingt es aber auch, eine Gesprächsrunde zum aktuellen Thema Finanzkrise, diesmal in Eberswalde, zu organisieren.

Ein Fazit ist heute schon zu ziehen: Die Finanzkrise ist noch lange nicht beendet und wird noch einen gewaltigen Schatten werfen. Das gegenwärtige kapitalistische System ist nicht in der Lage der Menschheit eine lebenswerte Zukunft zu bieten. Etwas ganz Neues muß kreiert und riskiert werden. Dem Demokratieverständnis muß, vorwärts schauend und zurück erinnernd, ein neuer Inhalt verliehen werden. Die Zeit ist reif!

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Im Rahmen ihrer Gesprächsreihe »Offene Worte mit Dagmar Enkelmann« hatte die linke Bundestagsabgeordnete im Oktober den Vizepräsidenten der Staatsbank der DDR und späteren Chef der Deutschen Bank in Berlin Dr. Edgar Most zu Gast.



Gedanken zur Politik

Der Mensch in unserer Seinswelt hat eine Besonderheit: Er kann denken, daß er denkt. Diese Fähigkeit bewirkte seit seiner Entstehung alle geistigen und materiellen Entwicklungen auf unserer Erde. Das Funktionsvermögen des menschlichen Gehirns schaffte Denkstrukturen auch im Zusammenhang mit natürlichen Umweltbedingungen, die etwa zur Entwicklung von Religionen, Großartigem in Kunst, Wissenschaft und Technik führten und immer weiter entwickelt werden. Mit allen diesen Faktoren ist der Mensch ein Sozialwesen. Er braucht zu seiner Existenz von der ersten Lebensstunde an die Leistungen einer Vielzahl anderer Menschen (Nahrung, Kleidung, Wohnung etc.). Notgedrungen ist eine Ordnung erforderlich, die mit dem Begriff Politik gestaltet wird. Was wir bis vor 20 Jahren (dem Fall der Mauer) in der DDR und einem Teil der Welt erlebten, hatte seine Wurzeln in den Lehren von Karl Marx und seinen nachfolgenden Interpreten u.a. Lenin, Stalin und in Deutschland Ulbricht und Honecker. Dabei war mindestens die letzte Zeit der Existenz der DDR nur mit Hilfe von Finanzhilfe aus der BRD (zinsloser Überziehungskredit, Milliardenkredit von Strauß bei Bürgerschaft durch die BRD) mit allen Sozialleistungen möglich. Die Geschichte hat also gezeigt, daß positiver Fortschritt für die Menschheit auf diese Weise nicht möglich ist. Es fehlte die Beachtung der Wesensart der meisten Menschen. Ich möchte meinen, hätte Karl Marx die Kenntnisse der heutigen Psychologie haben können, wären seine Schlußfolgerungen der ernststen sozialen Probleme seiner Zeit anders ausgefallen.

Nach Abschaffung der Dynastien (Politik für das Wohl von Fürstenhäusern) hat jede nicht-faschistische Politik die Besserung gerechter sozialer Leistungen für alle bedürftigen Menschen zum Ziel. Das Denkvermögen der Menschen führt zu verschiedenen Auffassungen über die besten Wege dazu. Logischerweise kann ein Land, das keine »Goldbergwerke« hat, das Ziel nur über wertschöpfende Leistungen seiner Bürgerinnen und Bürger erreichen. Dies zu ermöglichen sollte die vordringliche Aufgabe der Politik sein. Das muß zwangsläufig bedeuten, daß die Bedingungen für wertschöpfende Leistungen so optimal wie möglich nach den Grundsätzen des Kantischen kategorischen Imperatives (»Handle nur nach derjenigen Maxime, von der du wollen kannst, daß sie ein allgemeines Gesetz werde!« - Wikipedia) gestaltet werden. Für die Leistung hat der Faktor Freiheit m.E. eine entscheidende Bedeutung. Die Art der Angriffe gegen unsere von der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler eingesetzten »schwarz-gelben« Regierung finde ich peinlich und unwürdig für die Demokratie in Deutschland. Opposition halte ich für nicht nur gerechtfertigt, sondern unbedingt notwendig, aber in sachlicher, den Gegner menschlich achtender Weise.

Dr. SIEGFRIED ADLER

Netzverkauf

Finanzinvestoren greifen nach dem Stromnetz Konzern gibt Höchstspannungsleitungen an Konsortium um Goldman Sachs ab. Verbraucherschützer hoffen auf niedrigere Preise. (SZ, 3.11.09)

Bei der Lektüre dieser Meldung, Vattenfall werde sein, also unser Stromnetz, an ein internationales Finanzkonsortium von Goldman Sachs, diversen Allianztöchtern und der Deutschen Bank verkaufen, beschleicht mich ein unguutes Gefühl.

Nicht daß ich besonderes Vertrauen in den Energiegiganten hätte, aber im Vergleich zu einem internationalen Investorenkonsortium, einer Formation von Finanzhaien, erscheint mir Vattenfall, der Produzent des schmutzigsten Stroms und der Betreiber von Krümmel, jenes schlagzeilenträchtigen Problemreaktors, und anderer obskurer Kraftwerke vor allem in der Lausitz, wo der Tagebau boomt, plötzlich als seriös.

Unglaublich die Versprechungen der Verbraucherschützer, von fallenden Preisen und belebender Konkurrenz.

Alein die Tatsache, daß Vattenfall für den Verkauf der Netze nur eine halbe Milliarde statt der erhofften ganzen erhalten werde, wird uns noch teuer zu stehen kommen.

Schon dämmert dem einen oder anderen, daß wir uns unser Netz niemals hätten aus der Hand nehmen lassen dürfen.

HARTMUT LINDNER für die bbp

Kitaintegrierte Frühförderung

Eberswalde (bbp). Im Juli 2009 hatte Sylvia Ulonska, Barnimer Dezernentin für Sozialangelegenheiten, zur Situation in der Kita »Arche Noah« im Brandenburgischen Viertel der Landtagsabgeordneten Margitta Mächtig auf Anfrage mitgeteilt, daß bei 35 Kindern Auffälligkeiten diagnostiziert wurden. Inzwischen konnte die Dezernentin berichten, daß sich das Grundsicherungsamt mit dem Kita-Träger verständigt hat. Perspektivisch werde die Kita »Arche Noah« selbst eine »kitaintegrierte Frühförderung« aufbauen. Allerdings benötigt die Kita eine Vorbereitungsphase. Kurzfristig werden daher freie Kapazitäten der »Kitaintegrierten Frühförderung« der Nachbarkita »Gestiefler Kater« genutzt. Das Grundsicherungsamt hat inzwischen mit den entsprechenden Einzelfallprüfungen nach SGB XII begonnen.

Fraktion DIE LINKE in der StVV Eberswalde:

»Uckermarkleitung« unter die Erde

Im Dezember 2008 hatten die Eberswalder Stadtverordneten auf Initiative der Fraktion DIE LINKE beschlossen, daß die Stadt Eberswalde im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens vom Vorhabensträger der Höchstspannungsleitung von Bertikow nach Neuenhagen bei Berlin (»Uckermarkleitung«) fordern wird, die Höchstspannungsleitung auf dem Territorium der Stadt Eberswalde als Erdkabel zu verlegen. Die jetzt von den Fraktionen FDP/Bürgerfraktion Barnim und Die Fraktionslosen eingebrachte Beschlussvorlage dient der Umsetzung dieses Beschlusses.

Aus Sicht der LINKEN sind aber noch eine Reihe inhaltlicher Qualifizierungen notwendig. Deshalb wird die Fraktion trotz der Unterstützung des Grundanliegens der Beschlussvorlage den Vorschlag unterbreiten, eine weitere Dis-

kussion der Einzelheiten und auch die endgültige Beschlußfassung im Hauptausschuß im Dezember vorzunehmen.

Inzwischen hat sich in den betroffenen Kommunen die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – Keine Freileitung durchs Reservat« etabliert. Die Bürgerinitiative arbeitet mit Gutachtern zusammen, welche die Position der Stadt im bevorstehenden Planfeststellungsverfahren mit hoher Sachkunde unterstützen können. Bei der Finanzierung der notwendigen Gutachten stehen die betroffenen Gemeinden in der Pflicht. Das gilt auch für die Stadt Eberswalde. Das inhaltliche Anliegen der beiden Fraktionen findet daher unsere volle Unterstützung.

WOLFGANG SACHSE,
Fraktionsvorsitzender

Bei anderen gelesen:

Neues von der Wasser- und Abwasserfront

Aufmerksame Leser der »Thüringischen Landeszeitung« konnten über eine Mitteilung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Gotha und Landkreisgemeinden erfahren, daß der Verband eine Gebührensenkung für Wasser auf 2,12 Euro pro Kubikmeter und für Abwasser auf 2,18 Euro pro Kubikmeter rückwirkend ab 1. Januar 2009 ins Auge gefaßt hat. Möglich wurde dies im wesentlichen durch die Bildung eines Eigenbetriebes und der damit verbundenen Einsparung der Kosten für den bisherigen Geschäftsbesorger Stadtwirtschaft Gotha.

Wenige Wochen später erreichte den Leser der »Thüringischen Landeszeitung« am 27. Oktober 2009 die Meldung über die Entscheidung des Thüringer Oberverwaltungsgerichts, daß die bisherige Geschäftsbesorger-Gesellschaft Stadtwirtschaft Gotha nicht befugt war, hoheitliche Abgabenbescheide zu erlassen. Anlaß dazu war die Klage von zwei Mitgliedern der Bürgerinitiative gegen überhöhte Kommunalabgaben, die sich einreihen in weitere noch nicht endgültig entschiedene Klagen im Rahmen der im Sprecherrat vereinigten Bürgerinitiativen.

Damit führte der seit 1996 währende Kampf der Bürgerinitiativen zu weiteren Ergebnissen im Interesse des Schutzes der Bürger vor einer wie auch immer gearteten Abzocke. Die Partei DIE LINKE unterstützte die Forderungen der Bürgerbewegung von Beginn an in den gegründeten Bürgerinitiativen, leistete Hilfestellung bei der Mobilisierung ihrer Mitglieder zu den Demonstrationen in der Stadt und vor dem Landtag wie auch in den Vorständen und den Fraktionen in Stadtrat, Kreistag und Landtag. Der Kommunalpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Frank Kuschel, verlieh sowohl in den Veranstaltungen der Bürgerinitiativen als auch im Thüringer Landtag und auf den De-

monstrationen den berechtigten Forderungen eine Stimme. Auch zum genannten Urteil des Oberverwaltungsgerichts meldete er sich mit einer Presseerklärung zu Wort und erklärte: »Die Entscheidung des Thüringer Oberverwaltungsgerichts, daß Abwasserzweckverbände eine hoheitliche Leistung nicht durch private Unternehmen erledigen lassen dürfen, ist ein deutliches Stopsignal gegen eine zunehmende Tendenz der Privatisierung.« Kuschel warnte zugleich davor, daß in diesem Zusammenhang Union und FDP in Erwägung ziehen, die bisherige kommunale Befreiung von der Mehrwertsteuer abzuschaffen. Dies hätte teilweise drastische Gebührenerhöhungen in vielen kommunalen Bereichen zu Folge. Die private Wirtschaft will möglichst hohe Gewinne erwirtschaften. Doch die Aufgabe der Kommunen ist es, die Menschen zu akzeptablen Kosten mit öffentlichen Leistungen zu versorgen. Daran darf sich auch in Zukunft nichts ändern. Kuschel fordert von der künftigen Landesregierung eine gesetzliche Klarstellung, daß künftig die Zweckverbände nicht erneut einzelne Aufgaben durch private Firmen erledigen lassen und dabei eine zusätzliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger provoziert wird. Die Bürgerinitiativen werden auch in Zukunft das Ziel der Erreichung und Sicherung sozialverträglicher Kommunalabgaben verfolgen, nicht bei Erreichtem stehen bleiben und sich dabei der Unterstützung durch die Partei DIE LINKE sicher sein. Die Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes DIE LINKE. Gotha machte am 24. Oktober 2009 in Tambach-Dietharz deutlich, daß das auch für die Mitglieder der Partei in ihren Wohnorten selbstverständlich sein muß.

Dr. GERD ROTH

(aus »Klarsicht – Die linke Kleinzeitung für den Landkreis Gotha« 12/2009)

Kloake Finowkanal

Offener Appell an das Landesumweltamt



Der Finowkanal zwischen Zerpenschleuse und Niederfinow: Ein herrliches Naherholungsgebiet, ein landschaftliches und touristisches Highlight der Barnimer Region und zugleich wertvoller Lebensraum sowie Rückzugsrefugium zahlreicher Tier- und Pflanzenarten.

Doch mit Sorge muß eine deutliche Verschlechterung seiner Wasserqualität beobachtet werden. Wahrnehmbare Indizien sind massive Schaumteppiche bis zu zwei Meter Länge und schätzungsweise 60 cm Höhe, die sich hinter den Wehren vom Ortsteil Finow bis Eberswalde-Zentrum bilden. Meines Erachtens handelt es sich hierbei um Phosphat- und Stickstoffverbindungen zum größten Teil aus Abwässern. Um die Wasserqualität des Finowkanals zu verbessern, müßten alle Einleiter kartiert, die Abwässer untersucht und für die Reinigung ein Maßnahmenkatalog verfasst werden. In meiner Funktion als Landessprecher der GRÜNEN LIGA Brandenburg habe ich mich nun in einem Offenen Appell an das Landesumweltamt gewandt und die Behörden aufgefordert, sich dieser Problematik zeitnah und umfassend anzunehmen.

Darauf geantwortet hat bislang nur die Barnimer Kreisverwaltung über die MOZ. Demnach handele es sich bei der Schaumbildung um einen natürlichen Prozeß, der nicht durch Abwässer verursacht werde. Ursache seien vielmehr Fäulnisprozesse, die durch abgestorbene Biomasse im Kanalwasser wie Blätter, Zweige und Laub, herbeigeführt werden. An den Wasserfällen der Wehre werden die Eiweißverbindungen durch Sauerstoff gelöst: Schaum bildet sich. Dieser sei in den Jahren 2001, 2002 und 2007 von einem Fachlabor auf Phosphor-Stickstoff und Tenside (Seifen) untersucht worden. Die Untere Naturschutzbehörde (UNB) attestiert: »Alles liegt im normalen Bereich«.

Ich halte diese lapidare Begründung für nicht schlüssig und habe daraufhin bei der UNB alle Gutachten des Fachlabors angefordert. Gegen die Theorie, die massive Schaumbildung sei ausschließlich auf natürliche Abbauprozesse zurückzuführen, sprechen gewichtige Argumente. Sowohl die tageszeitlich extremen Schwankungen in der Intensität der Bildung der Schaumteppiche mit Schwerpunk-

ten zum späten Nachmittag; insbesondere zum Freitag Nachmittag, als auch die Dimension dieser Schaumgebilde, die manchmal wie Eisschollen aussehen, deuten vielmehr auf eine stoßweise Einleitung von Abwässern hin.

Zukünftig sollen Binnengewässer besser geschützt werden. Dies gibt die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) vor. Demnach darf sich ihr Zustand nicht verschlechtern, sondern soll mittel- und langfristig verbessert werden. Weitere Ziele sind der Schutz von Lebensräumen, die von den Gewässern abhängig sind, eine nachhaltige Wassernutzung sowie die schrittweise Einstellung von Einträgen gefährlicher Stoffe in die Gewässer. Bis 2015 sollen Oberflächengewässer einen »guten ökologischen Zustand« erreichen. Das bedeutet, daß das Vorkommen der gewässertypischen Organismen wie z. B. Fische, Wasserpflanzen, Algen und die Fauna der Gewässersohle nur geringfügig vom natürlichen Zustand abweichen darf. Darüber hinaus müssen alle Qualitätsziele zur Begrenzung der Schadstoffkonzentrationen in den Gewässern, die nach EU- oder nationalem Recht festgelegt sind, eingehalten werden.

Der durch die WRRL vorgegebene Zeitplan ist folgender:

- bis Ende 2004: Bestandsaufnahme der Gewässersituation.
- bis Ende 2006: Anwendungsbereite Programme zur Gewässerüberwachung.
- bis Ende 2009: Erstellen von Maßnahmenprogrammen und Bewirtschaftungsplänen.
- bis Ende 2012: Umsetzen der Maßnahmenprogramme.

Für den Finowkanal ist noch ein weiter Weg zu gehen, zumal das Fließgewässer derzeit in die Güteklasse III (stark verschmutzt) eingeordnet wird. Baden kann hier zur Gefahr für die Gesundheit werden. Fische aus dem Kanal würde ich jedenfalls auch nicht essen wollen. Vor diesem Hintergrund habe ich dem Landesumweltamt die Frage gestellt, inwieweit das Land Brandenburg und insbesondere die Region Barnim-Uckermark im Rahmen dieses vorgegebenen Zeitplans liegt und wie die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie mit Blick auf den Finowkanal konkret aussieht.

Dr. ANDREAS STEINER,
StVV-Fraktion B'90/Grüne

13.000 Bäume in der Stadt

Eberswalde (prest-ew). »In der Stadt Eberswalde gibt es ca. 7.000 Straßenbäume und etwa 6.000 Bäume auf städtischen Liegenschaften, wie Schulen, Kitas und Kleingartenanlagen«, informierte kürzlich das Eberswalder Baudezernat. »Hinzu kommen die Bäume, die sich auf den so genannten Restwaldflächen, ab 2.000 m² Grundfläche, befinden.« Im Bereich der Straßen, Parkanlagen und Plätze stehen überwiegend Laubbäume. An den Straßen variieren die Baumarten zwischen Linden, Ahornen, Platanen, Eichen und Rotdornen. Bei Neupflanzungen werde darauf Wert gelegt, daß die Bäume dem Straßenbild entsprechen, die Arten überwiegend einheimisch sind und daß die Baumarten möglichst resistent gegen die verschiedensten Umwelteinflüsse sind. In den ersten fünf Jahren nach der Pflanzung werden Straßenbäume durch Mitarbeiter des städtischen Bauhofs oder durch beauftragte Firmen bei Bedarf ca. einmal wöchentlich gegossen.

Pro Jahr werden nach Aussage der städtischen Bauverwaltung etwa 80 Bäume neu gepflanzt. In erster Linie sind das Lückenbepflanzungen entlang von Straßen. »An vielen Straßen haben die Bäume bereits das Alter erreicht, in dem sie nicht mehr standsicher sind und verschiedenste Baumkrankheiten aufweisen. Aus diesem Grund müssen jährlich 20 bis 30 Bäume an Straßen aus Verkehrssicherungsgründen gefällt werden. Diese werden, wenn kein zeitnaher Ausbau der Straße erfolgt, spätestens im darauf folgenden Frühjahr neu gepflanzt.« Im Herbst 2009 standen Baumpflanzungen u.a. in der Rudolf-Breitscheid-Straße, Schillerstraße, Triftstraße, Bahnhofstraße, Erich-Steinurth-Straße, im Karl-Marx-Ring und vielen weiteren Straßen auf dem Plan.

Im Zusammenhang mit dem Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger, als Baumpaten aktiv zu werden, wurden und werden Straßenbäume auch in Straßen gepflanzt, wo in den vergangenen Jahrzehnten keine Bäume standen. Baumpate kann jede Bürgerin und jeder Bürger der Stadt werden. Nach Meldung im städtischen Bauamt wird geprüft, ob eine Pflanzung im nahen Umfeld des Baumpaten erfolgen kann. Mit der Übergabe einer Urkunde werden die Interessenten offiziell zum Baumpaten. Die Urkunde enthält die Bitte, den Baum regelmäßig zu wässern, die Baumscheiben zu lockern und von Unrat und Unkraut zu befreien. Sinnvoll ist auch, die Gießbringe um die Bäume regelmäßig wieder herzustellen, da so garantiert werden kann, daß das Wasser bis in den Wurzelbereich des Baumes gelangt.

»Eine weitere Ausdehnung des Stadtgrüns ist nicht vorgesehen, da auch die Unterhaltungskosten immer berücksichtigt werden müssen«, heißt es abschließend. Allerdings gebe es Vorstellungen, Freiflächen im Brandenburgischen Viertel durch unterschiedlichste Bepflanzungen aufzuwerten. Auch hierbei sei die Stadtverwaltung auf die Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

Manche Ereignisse entgingen den Geschichtsverwaltern gänzlich. Im Jahr 1209, also vor genau 800 Jahren, begann auf Initiative des Papstes Innozenz III. in Frankreich der **Albigenser-Kreuzzug**. Die Albigenser (nach der Stadt Albi) bzw. Katharer (»die Reinen«, daher das Wort »Ketzer«) waren eine weit verbreitete oppositionelle religiös-soziale Massenbewegung vornehmlich der Unterschichten. Ihr Protest gegen die Entartung von offizieller Kirche und Klerus, ihre Rückbesinnung auf die Werte des Urchristentums, ihre Forderung nach Armut der kirchlichen Amtsträger waren eine akute Bedrohung des Establishments. Die Führungsschicht der Katharer, die »Perfecti«, in Frankreich auf etwa 4.000 Personen geschätzt, lebte nach dem Armutsgebot und den christlichen Tugenden und genoß daher hohes Ansehen. Im Languedoc und der großen südfranzösischen Grafschaft Toulouse galt den Katharern zudem die Sympathie des Grafen und des Adels, die in ihnen eine Basis im Kampf gegen den weltlichen Machtanspruch der Kirche sahen. Der Aufruf des Papstes brachte in Frankreich ein Heer von etwa 20.000 Rittern und zehnmal soviel Fußvolk zusammen, großenteils aus Raubgesindel bestehend, das mordend und plündernd über den reichen Süden herfiel. Die Truppen des regionalen Adels waren den Invasoren nicht gewachsen, die Katharer selbst wehrten sich kaum; ihnen war neben Lüge und Schwur auch das Töten verboten. Dem erst 1229 beendeten Krieg und den Massmorden fiel wahrscheinlich über eine Million Menschen zum Opfer, manche Historiker sprechen von Genozid /1/.

König und Papstkirche waren Sieger und Nutznießer des Kampfes. Dessen Folgen reichen bis in die Gegenwart. Die französischen Könige konnten Languedoc und Grafschaft Toulouse für die Kronomanie gewinnen – wichtige Etappe der Zentralisierung Frankreichs und bedeutender Machtzuwachs. Antwort der Kirche auf die Ketzerbewegungen war auch Gründung von Bettelorden mit militärischer Disziplin: Minoriten (Franziskaner, 1210) und Predigerorden (Dominikaner, 1216). Diese kopierten die Erfolgsrezepte der Katharer – Armutsgelübde und Predigt, selbst die weiße Dominikanerkutte war ihnen entlehnt.

Die neuen Orden, offiziell mit der Ketzerverfolgung beauftragt, waren an der Entstehung ständiger Inquisitionsgerichte beteiligt. Diese Sondergerichte mit außerordentlichen Vollmachten entwickelten ein ausgeklügeltes Untersuchungs- und Strafsystem. Durch systematisch geförderte Denunziation wurden Dissidenten aufgespürt, die zur Erlangung von Geständnissen dosierter Folter und raffinierten psychologischen Einwirkungen (z.B. Drohung gegen Angehörige) ausgesetzt waren. Geständnisse wurden angehalten, ihre Aufrichtigkeit durch Denunziation von »Mittättern« zu beweisen. Urteile basierten auf erzwungenen Selbstbezeichnungen (kein Recht auf Zeugnisverweigerung) und denunzierenden Zeugenaussagen.

Kritische Nachträge zum »Supergedenkjahr« 2009 (Teil 1):

Ereignisse und Entwicklungen

von Rolf Richter

Die offizielle Geschichtssagitation hat 2009 gewaltig zugeschlagen. Die Sympathie der Regierenden für die (bitte: ost!)deutsche friedliche Revolution vor 20 Jahren hat sich überschwänglich geäußert. Allerdings ist das deutsche Gedächtnis meist kurz, auch hat staatsnahe Publizistik oft einen Tunnelblick. Im folgenden geht es weniger um die Korrektur von Verfälschungen. Es sei vor allem nachgetragen, was offiziell ignoriert, nur am Rande beachtet wurde oder im Getöse unterging.

Verstokkten und Rückfälligen drohten Kirchenausschluß, Eigentumsverlust und Scheiterhaufen. Reuige mußten farbige Stoffkreuze an der Kleidung tragen und wurden z.T. zwangsumgesiedelt. Auch mit Bücherverboten ging man den Häresien zu Leibe. Laien wurde Lektüre von Bibelübersetzungen, selbst Lesen und Besitz der lateinischen Bibel verboten – die Katharer hatten deren Aussagen zur Agitation verwendet.

Die Folter hat bis in unsere Tage überlebt. Auch die psychologischen Verhörmethoden der Inquisition spielten noch im 20. Jh. eine schlimme Rolle, z.B. während der »Säuberungen« in der UdSSR, bei den Kommunistenprozessen in den USA unter McCarthy (US-Dienste sollen Akten der Inquisition beschafft und studiert haben), wohl auch heute bei der Verfolgung von Islamisten. Meinungsmanipulation und Diskriminierung von Opposition bleibt weiter aktuell, aber mit der Erinnerung an die Inquisition wird sie ungern in Verbindung gebracht.

Vor 400 Jahren entstand 1609 als Reaktion auf die im Vorjahr gegründete Union protestantischer Reichsfürsten – mit dem pfälzischen Kurfürsten an der Spitze – die **katholische Liga** unter Führung Bayerns. Damit standen sich die religiös-politischen deutschen Fürstengruppierungen nun auch als militärische Bündnisse gegenüber. Die Spaltung des Reiches und letztlich ganz Europas (erstmalig in der Neuzeit) nahm damit feste Gestalt an – eine der Voraussetzungen für den Dreißigjährigen Krieg. Zu diesem Zeitpunkt bündelten sich mehrere, mit der Kirchenspaltung verquickte Konflikte – Forderungen der böhmischen Stände an den König, Krieg um das Erzstift Köln, Krise um die Jülichsche Erbfolge. Der Streit eskalierte vor allem um die säkularisierten Klöster und Bistümer, um ihren Besitz und ihr Stimmrecht auf Reichs- und Landtagen. »Wären es übrigens nur Meinungen gewesen, ... wie gleichgültig hätte man dieser Trennung zugesehen«, bemerkt Schiller in seiner Geschichte des Dreißigjährigen Krieges. »Aber an diesen Meinungen hingen Reichtümer, Würden und Rechte... Der eine Teil behielt, was ihm nicht mehr zu nehmen war; der andere verteidigte, was er noch hatte.« Wenig variiert könnte der Satz auch dem Kampf zwischen Feudalismus und Kapitalismus im 19., zwischen Kapitalismus und Sozialismus im 20. Jahrhundert gelten. Doch 1609 ging die katholische Gegenrevolution aus der Defensi-

ve heraus zum Angriff über. Mehr dazu im zweiten, den Persönlichkeiten gewidmeten Teil.

Im Februar 1919 – vor 90 Jahren – übernahm Emir Amanullah in Afghanistan die Macht und proklamierte die staatliche Unabhängigkeit des Landes. Daraufhin rückte im Mai eine britisch-indische Armee ein – der **3. britisch-afghanische Krieg** begann. Der erste (1838 - 1842) hatte für die Briten mit einer militärischen Katastrophe geendet. Ihre Armee wurde auf dem Rückzug zum Khyber-Paß fast völlig vernichtet (siehe Fontanes bekannte Ballade). Im 2. Krieg (1878-1880) waren sie erfolgreicher. Der Vertrag von Gandamak (1879) erlaubte ihnen die vollständige Kontrolle über die afghanische Außenpolitik. Der Krieg endete mit einem Kompromiß. 1893 gingen die selbständigen Stammesgebiete im Osten und Süden des Landes bis zur Durand-Linie, der heutigen Grenze mit Pakistan, an die Briten verloren, doch gegen den damit ausgelösten Aufstand der Stämme mußten diese eine Armee von 80.000 Mann einsetzen. Im Krieg von 1919 erzwangen die Afghanen nach schweren Abwehrkämpfen im August den Abzug der Briten und die förmliche Anerkennung ihrer Souveränität. Zu Hilfe kamen ihnen dabei schwere Unruhen in Kerngebieten des Empire, in Indien und Ägypten. Emir Amanullah (ab 1926 König) verfolgte ein weitreichendes Reformprogramm zur Zentralisierung und Modernisierung des Staates, wurde allerdings 1929 von Teilen des Stammesadels gestürzt. Die Lehren aus diesen Kriegen und die spezifische multi-ethnische Struktur der afghanischen Stammesgesellschaft, bei der sich fremde Interventionen immer wieder wechselnden Allianzen gegenüber sahen, wurden weder 1979 von der UdSSR noch 2001 von der Bush-Regierung genügend beachtet. Deutsche Afghanistanmissionen versuchten in beiden Weltkriegen den Haß gegen die Briten zu nutzen. Vergleichbare Illusionen heutiger deutscher Afghanistaninterventionen sind bereits kläglich geplatzt.

Die Annahme zweier deutscher **Verfassungen**, der Weimarer (1919) und des Grundgesetzes (GG) im Mai 1949, gehörte zum offiziellen Gedenkprogramm. Der Berliner Historiker Heinrich August Winkler wies in einem Aufsatz vom Oktober d.J. /2/ wenigstens auch auf die Verfassung von 1849 hin, nicht allerdings auf den leider erfolglosen Versuch, sie im bewaffneten Kampf durchzusetzen (»Reichsver-

fassungskampagne«: sächsischer und badisch-pfälzischer Aufstand 1849, dazu /3/). Natürlich »vergaßen« der Sozialdemokrat Winkler und die offizielle Publizistik die andere deutsche Verfassung von 1949 (und den Entwurf des Runden Tisches von 1990). Diese erste DDR-Verfassung – mindestens so selbstbestimmt wie das GG – trug bürgerlich-demokratischen Charakter mit starkem sozialdemokratischem Einschlag: Arbeitsschutz und betriebliche Mitbestimmung waren geregelt, einheitliches Arbeitsrecht gefordert, Gleichberechtigung der Frau und einheitliches Bildungswesen gewährleistet. Die Verfassung zog ebenfalls Lehren aus dem Scheitern von Weimar. Sie akzentuierte den Föderalismus etwas schwächer, die Einheit der Republik etwas stärker als das GG. Wenn Winkler die »Einführung von Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern«, somit »einen relativen Zentralisierungsschub«, als Tat der Großen Koalition von 1966/69 feiert, ignoriert er, daß es gesamtstaatliche Aufgaben bereits weit vorher in der DDR-Verfassung gab, die gerade deshalb von Föderalismus-Dogmatikern angefeindet wurde. Winkler gesteht pikanterweise, das Nein zu plebiszitären Demokratieformen im Grundgesetz (die es in der Weimarer und der DDR-Verfassung gab), seine Gestaltung als rein repräsentative Demokratie, sei von der Furcht bestimmt gewesen, die Kommunisten könnten zu viel Einfluß gewinnen. Mit seinem einzigen schrägen Blick auf Ostdeutschland 1949 bemerkt Winkler dort »den Aufbau einer neuen Diktatur« (an der DDR-Verfassung gerade nicht ablesbar), findet aber nichts Schlimmes an der »konservativen Kanzlerdemokratie« Adenauers, registriert (im Westen!) »Einschränkungen des Wählerwillens« im GG, wozu der absolute Schutz der Länderstruktur rechnet. Weiter bemängelt er – wegen 1990 ausgefallener Verfassungsdiskussion und unterlassener Plebiszit! – ein »normatives [Legitimations-] Defizit« des DDR-»Beitritts« zur BRD, einen »neuartigen Provisoriumsvorbehalt« (nämlich Fortbestehen von Art. 146 GG bei andauernder Verfassungsverweigerung), »Verselbständigung der Exekutivgewalt« in der EU, eine »Legitimationskrise des Projekts Europa«, aus der sich »eine Legitimationskrise der Demokratie in den Mitgliedstaaten entwickeln« könne (heutige sublim-diktatorische Tendenzen lassen sich eben fein umschreiben!). Wie man die Stärken und Schwächen der DDR-Verfassung von 1949 auch bewertet, sie ist Bestandteil der deutschen Verfassungsgeschichte. Wer sie ignoriert, verliert den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit und Seriosität.

Anmerkungen

/1/ J. R. GRIGULEVIC, Ketzler - Hexen - Inquisitoren. Geschichte der Inquisition. 2. Aufl., Berlin/DDR 1980, Bd. 1, S. 80-109.
 /2/ HEINRICH AUGUST WINKLER, Weimar, Bonn, Berlin. Zum historischen Ort des Grundgesetzes. In: Vierteljahrshefte f. Zeitgesch., 57(4), S. 485-497 2009.
 /3/ CARL SCHURZ, Sturmjahre. Lebenserinnerungen 1829-1852. Berlin/DDR 1973, sowie FRIEDRICH ENGELS, Die deutsche Reichsverfassungskampagne. Berlin/DDR 1969.

Die sprechenden Ochsen in der Heiligen Nacht

In einer Ortschaft in der Umgebung von Falkenberg legte sich einst ein Bauer in der Heiligen Nacht unter den Futterbarren, um zu horten, wie die Tiere sprechen. Denn während der Nacht des 24.12. ist ihnen diese Gabe verliehen. Da hörte er einen seiner Ochsen zum Nachbarn als reden: »Du, wir bekommen dieses Jahr eine schwere Fuhr. Wir müssen unseren Herrn ins Grab fahren.« Den Bauer überlief es siedend heiß, als er dies hörte. Am liebsten wäre er gleich auf und davon, doch hielt er es für klüger, in seinem Verstecke zu warten, bis die Nacht vorüber war.

Im Morgengrauen schlich er sich, so leise als er gekommen war aus dem Stalle. Was jetzt tun? Sterben wollte er um keinen Preis. Er sann deshalb nach, wie er das Wort seines Ochsen unwahr machen könnte. Erst wollte er den Ochsen schlachten, das ließ aber sein Geiz nicht zu, denn die Fleischpreise waren damals gar niedrig. So kam er denn auf den Einfall, seine beiden Ochsen gegen ein Paar andere einzutauschen. Seine Nachbarn wunderten sich

über sein Vorhaben, denn die beiden Tiere waren die schönsten im ganzen Ort. Aber der Bauer bestand darauf, ging nach Eberswalde und vertauschte dort auf dem Markte seine beiden Ochsen.

Unterdessen war der Sommer wieder ins Land gezogen. Sein Nachbar hatte sich auf den Viehmarkt nach Eberswalde begeben, um dort ein paar Ochsen zu erstehen. Ohne daß er wußte, daß es die Ochsen seines Nachbarn waren, die dieser im Winter verkauft hatte, erstand er dieselben und stellte sie in seinen Stall. Bald hernach erkrankte der geizig Bauer an einer Lungenentzündung und starb. Weil es in damaliger Zeit Sitte war, daß der Nachbar die Leiche mit seinem Gespann zum Friedhof führte, so erwies auch er dem Verstorbenen diesen Liebesdienst und zwar mit eben den beiden Tieren, die in der Heiligen Nacht den Tod ihres damaligen Herrn vorausgesagt hatten. So behielt also der Ochse doch recht: Es wurde eine schwere Fuhr.

Aus der Sagen-Sammlung von BERND MÜLLER

Für WaldWelten Hilfe zugesagt

Eberswalde (prest-ew). Kürzlich fand auf Einladung von Bürgermeister Friedhelm Boginski ein Treffen der Verwaltungsspitze mit allen Landtagsabgeordneten, die ihren Wahlkreis in der Region haben, Vertretern der Fachhochschule und des Landesbetriebes Forst im Eberswalder Rathaus statt. Thema war die Umsetzung des Projektes »WaldWelten«. Ziel dieses Projektes ist es, auf einem Areal zwischen Eberswalde und dem Ortsteil Spechthausen den Einfluß des Klimawandels auf verschiedene Baumarten, auch ausländische, zu untersuchen. Ein weiterer Aspekt betrifft den Tourismus. Wald als Erlebnisfaktor mit zusätzlichen

Attraktionen, besonders zur Umweltbildung und -erziehung für alle Generationen. Nach dem Gedankenaustausch vereinbarten die Gesprächspartner, noch 2009 eine Stiftung zu gründen. Stiftungsmitglieder wären die Fachhochschule und die Stadt Eberswalde. Die Eberswalder Stadtverordneten hatten dem schon am 29. Mai 2008 zugestimmt.

Alle Parteien sicherten ihre Hilfe dabei zu, daß auch das Land Brandenburg diese Stiftung unterstützt. So wäre z.B. ein kurzfristig abzuschließender Pachtvertrag über entsprechende landeseigene Waldflächen ein wichtiger Schritt für die Stiftungsgründung.

Übungssprengung erfolgreich – Schornstein fiel

Der Schornstein liegt in Trümmern – die Übungssprengung war erfolgreich. Um 16.18 Uhr ertönte das Signal, und kurz darauf ein lauter Knall. 5,6 kg Sprengstoff ließen den 15 m hohen Schornstein am Flugplatz Finow krachend umstürzen. Die lange vorbereitete Sprengübung des THW fand so das gewünschte Ende.

Der Leitende Sprengberechtigte Dirk Doll aus dem THW Ortsverband Fürstenwalde war hinterher sichtlich erleichtert: »Wir wollten mit möglichst wenig Sprengstoff auskommen, um eine Sprengung zu üben, die nur wenig Erschütterungen auslöst.« Das kann im Ernstfall durchaus wichtig sein, wenn eine Explosion wenig Auswirkungen auf die umliegenden Gebäude haben soll.

Sonst können die Sprengexperten des THW beispielsweise auch gebraucht werden, wenn es darum geht, vom Hochwasser großflächig unterspülte und deshalb in der Luft hängende Schienenstränge zu räumen. Oder in Bergregionen, um kontrolliert Lawinenabgänge zu er-

zeugen. Aus diesem Grund sind regelmäßige Übungen wichtig. Diese Übung war seit fast einem Jahr vorbereitet worden. Neben dem Sprengberechtigten aus Fürstenwalde und den Eberswalder Helfern waren die Fachgruppe Sprengen aus Berlin-Spandau und Beobachter aus anderen Ortsverbänden wie Berlin-Schöneberg und Dessau beteiligt. Insgesamt waren 70 Einsatzkräfte vor Ort. Im Namen Aller bedanken wir uns herzlich bei der Tower Finow GmbH für das Bereitstellen des Übungsobjekts.

Das Technische Hilfswerk ist die Katastrophenschutzorganisation des Bundes. Die zur Zeit rund 65 ehrenamtlichen Helfer des Ortsverbandes Eberswalde werden kontinuierlich ausgebildet und können Personen retten, Strom in das Stromnetz einspeisen, Verpflegung für mehrere hundert Menschen bereitstellen oder Bergungsarbeiten durchführen. Sie wollen so etwas auch können? Machen Sie einfach mit! Weitere Informationen unter www.thw-eberswalde.de.

Im Jahre 1992 beschloß die EU das »Europäische Energieabkommen«, einen Rechtsrahmen für EU-Investitionen in die Öl- und Energieressourcen der aufgelösten Sowjetunion. Die neuen unabhängigen Staaten rund ums Kaspische Meer, vor allem Aserbaidschan und Kasachstan, standen für die Zukunft der europäischen Energieversorgung auf der Prioritätenliste. Da das Nordseeöl langsam zur Neige ging, sahen die Regierungen Westeuropas die Regionen vom Balkan bis zum Kaspischen Meer als strategischen Schwerpunkt für Investitionen in neue Öl- und Gasquellen.

Diese westeuropäische Vision gefiel Washington nicht. Sie wollten selbst zu ihren Gunsten ausbeuten. Um die Grundlagen von zwei Pipeline-Routen aus dem Kaspischen Becken nach Westen vorzubereiten, gründete Washington die Southern Balkan Development Initiative: Die inzwischen gebaute Baku-Tiblissi-Ceyhan-Pipeline, die Öl über georgisches und türkisches Territorium zum Ölhafen Ceyhan bringt und die Albanien-Mazedonien-Bulgarien-Pipeline, die Öl unter US-Management über Kosovo nach Westeuropa bringen sollte und jetzt leicht modifiziert Nabucco-Pipeline heißt. An diesen beiden Projekten waren die US-Regierung, BP-Amoco, Halliburton und First Boston Bank beteiligt. Bevor die Projekte fortgesetzt werden konnten, so entschied Washington, mußte erst das Milosevic-Regime be-

Kriegsursachen: Die Gier nach fossiler Energie (Teil 1)

Der Krieg im Kosovo

seitigt werden. Solange mitten auf dem Balkan noch eine hart verteidigte Enklave verblieb, die den IWF und die NATO ablehnte, ließ sich die volle Kontrolle über die kaspischen Pipeline-Routen nicht verwirklichen.

Anfang 1999 hielt US-Präsident Clinton die Zeit für reif, dies zu ändern. Beim Treffen in Frankreich lehnte ein entrüsteter Milosevic den berüchtigten Anhang B des Abkommens von Rambouillet ab, der es NATO-Truppen gestattet hätte, kurzfristig Kosovo und langfristig Serbien aus »humanitären« Gründen zu besetzen. Washington begann nun ein massives Bombardement Serbiens ohne Rücksicht auf das internationale Völkerrecht, ohne Rücksicht auf die UN-Charta, ohne Rücksicht auf die NATO-Charta, die 50 Jahre ausschließlich für den Verteidigungsfall galt und ohne offizielle Kriegserklärung, wie sie die Verfassung der USA ihrem Präsidenten vorschreibt! Eine solche Haltung wurde widerspruchlos von amerikanischen und unseren Medien transportiert.

Nach Tausenden Tonnen abgeworfener Bomben, die Serbiens Wirtschaft und Infrastruktur ruinierten, begann das Pentagon mit dem Bau einer der weltweit größten Militärbasen: *Camp Bond Steel*, ein moderner Militärflugplatz mit

5.000 Soldaten in der Nähe von Gnjilane im Südosten Kosovos. Um den USA eine dominierende Militärpräsenz auf dem strategisch so wichtigen Balkan in unmittelbarer Flugreichweite Georgiens und des Kaspischen Beckens und mitten auf der geplanten Pipelineroute zu sichern wurde Kosovo »unabhängig«.

Als die Bombardierung Serbiens im Juni 1999 vorbei war, kündigte die US-Regierung den baldigen Bau der Baku-Tiblissi-Ceyhan-Pipeline an. Washington vergab sofort die Machbarkeitsstudie für die Albanien-Mazedoniens-Bulgarien-Ölpipeline an Dick Cheney's Energiemulti Halliburton. Als diese neue Studie im Mai 2000 veröffentlicht wurde, nannte der US-Botschafter und zukünftige Vize-Außenminister von George W. Bush, Richard Armitage, dieses Projekt tatsächlich eine »Bombardierungsdividende« (a »bombing dividend«). Vorgesehen ist die Albanien-Mazedonien-Bulgarien-Ölpipeline, leicht modifiziert, jetzt unter dem neuen an die Verdi-Oper erinnernden Namen Nabucco. Joschka Fischer ist Berater der Nabucco-Pipeline.

ULRICH JOCHIMSEN

Literatur: Vortrag von Dr. Jean-Pierre Voiret am 22. April 2009 in Calw: »Die Seidenstraße und das Öl«

Vor einem Jahr, am 8. Dezember 2008, unterzeichneten der Präsident des Technischen Hilfswerks (THW) Albrecht Broemme und der Generalinspekteur der Bundeswehr General Wolfgang Schneiderhan eine verbindliche Kooperationsvereinbarung. Das Protokoll regelt die Zusammenarbeit beider Organisationen im In- und Ausland. [1]

Innerhalb des Landes wird dem THW künftig »die Mitbenutzung von Liegenschaften« der Streitkräfte, »insbesondere Übungsplätzen«, ausdrücklich erlaubt. »Gemeinsame lehrgangsgeliebte Ausbildung von Führungspersonal« ist ebenfalls vorgesehen, nicht nur an der THW-Bundesschule, sondern auch an der Führungsakademie der Bundeswehr oder der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation. Die Vereinbarung ermöglicht ausdrücklich gemeinsame Inlandsoperationen von THW und Armee (»Zivil-Militärische Zusammenarbeit Inland«, »ZMZ/IK«). [2]

Für Auslandseinsätze sieht die Vereinbarung einen regelmäßigen Informationsaustausch vor, wenn »beide Kooperationspartner im gleichen Gebiet eingesetzt« seien. Die Bundeswehr gestattet »dem THW die Mitbenutzung von Liegenschaften« und auch sonstige Militärinfrastruktur steht dem THW offen – von den Sanitätseinrichtungen und dem Verwundetenlufttransport über die Feldpost bis zur Versorgung mit Geld und Waren. Insgesamt drehe es sich darum, die »Zivil-Militärische Zusammenarbeit Ausland« (»ZMZ/A« bzw. »CIMIC«) zu »vertiefen«, heißt es in der Übereinkunft. [3]

Technisches Hilfswerk (THW):

Hilfstrupp fürs Militär

Bisher gab es Zusammenarbeit im Ausland vor allem bei Hilfsoperationen, wie im Herbst 2005 nach dem Erdbeben in Pakistan. Daneben leistete das THW seit Januar 2002 Hilfsdienste für die Besetzung Afghanistans. Neben Neubauten an der Universität Kabul und dem Aufbau eines Rettungsdienstes in der Hauptstadt gehörten dazu vor allem Arbeiten für die afghanische Polizei wie der Neubau des Hauptquartiers der Grenzpolizei, der Polizeiakademie und die Instandsetzung von Polizeistationen in verschiedenen afghanischen Provinzen.

Im Februar 2008 berichtete die Presse von ersten Überlegungen, die Kooperation auch auf bewaffnete Bundeswehreinheiten auszuweiten. Wie es damals hieß, ziehe man es in Berlin in Betracht, bestimmte Tätigkeiten im Rahmen des Afghanistan-Einsatzes an das THW zu übertragen und so die Bundeswehr zu entlasten. »Nach Vorstellungen der Militärs«, hieß es in Spiegel-online, »könnten THW-Helfer etwa Soldaten ersetzen, die zum Brandschutz eingeteilt sind«. Zunächst solle ein Expertenteam des THW nach Afghanistan geschickt werden, um zu erkunden, »welche Aufgaben das THW in Afghanistan übernehmen könnte«. [4]

Im Herbst 2008 nahm das THW dann erstmals an einer bewaffneten Aktion teil. Die Bundesregierung schickte damals 150 schwerbewaffnete Einsatzkräfte der Sondereinheit

GSG 9 in den Süden Ägyptens, um dort eine entführte Reisegruppe, darunter fünf Deutsche, zu befreien. [5] Für die Einsatzinfrastruktur vor Ort sorgten 14 Mitarbeiter des THW. Das Technische Hilfswerk erweiterte damit seine Tätigkeit von sogenannten Hilfsaktionen auf die Begleitung von Gewaltoperationen.

Mit der Kooperationsvereinbarung soll dies zur Normalität werden. Nach Einschätzung von General Schneiderhan sei das Protokoll »nicht irgendeine Verwaltungsvereinbarung der Exekutive«. Vielmehr schaffe es eine neue Qualität. Die Zusammenarbeit über alle Führungsebenen im Inland werde noch effizienter. Zudem sei das Protokoll »ein Baustein im Konzept der Vernetzten Sicherheit für Auslandseinsätze«. Und der werde »jetzt mit Leben gefüllt«, betonte der Generalinspekteur. »Der vernetzte Ansatz«, stellt die Bundeswehr klar, »meint die Kombination von militärischen und nichtmilitärischen Mitteln zur Verbesserung der Sicherheitslage«. [6]

G.M.

[1] Effizienz über alle Ebenen: www.bundeswehr.de 08.12.08
 [2], [3] Kooperationsprotokoll zw. dem BMI, vertreten durch die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), und dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) über die Zusammenarbeit bei Hilfeleistungen im In- und Ausland: zitiert nach www.german-foreign-policy.com
 [4] Bundeswehr will Soldaten durch THW-Helfer ersetzen: Spiegel Online 16.02.2008
 [5] www.german-foreign-policy.com
 [6] Effizienz über alle Ebenen: www.bundeswehr.de 08.12.08

Verein für Heimatkunde zu Eberswalde e.V.

Neues Eberswalder Jahrbuch

Seit 18. November ist das »Eberswalder Jahrbuch für Heimat-, Kultur- und Naturgeschichte 2009/2010« in der Tourist-Information und in den Buchhandlungen der Stadt für 10 Euro erhältlich.

Der Verein für Heimatkunde zu Eberswalde e.V. legt 2009 den 17. Band seines Jahrbuches vor. Somit wurde bisher in mehr als 500 Beiträgen auf über 4.000 Seiten eine interessante Mischung heimat-, kultur- und naturgeschichtlicher Informationen festgehalten und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Man könnte meinen, nach so einer langen Zeit gingen die Themen aus. Jedoch ganz im Gegenteil, die Bereitschaft, sich im Jahrbuch zu speziellen Interessen- und Arbeitsgebieten zu äußern, hält unvermindert an.

So erwartet auch in diesem Jahr den Leser eine große Themenvielfalt, wobei – und das kann 2009 als Besonderheit angesehen werden – sich zu einigen Themen jeweils mehrere Autoren aufgrund ihrer speziellen Kenntnisse äußern. Das betrifft z.B. die Instandsetzungsarbeiten an der Eberswalder Maria-Magdalenen-Kirche, die im 19./20. Jahrhundert am Finowkanal angesiedelte Ziegelindustrie oder die Auffindung eines Porträts des Begründers der »Märchenvilla« Wilhelm Dictus.

Selbstverständlich erfahren unsere traditionellen Reihen »Baum des Jahres« mit dem Vorstellen des Berg-Ahorns, »Wissenschaft in Eberswalde«, mit der Entwicklung der Holzwissenschaften und »Schenkungen für das Eberswalder Museum« ihre Fortsetzung. Ebenso werden wieder neue Forschungen zu Ortsgründungen vorgestellt, so zu Stolzenhagen (14. Jh.) und Althüttendorf (18. Jh.) und ebenso die Chronik der Clara-Zetkin-Siedlung anlässlich ihres 75-jährigen Bestehens aufgeschrieben.

Dokumentarische Aufarbeitungen und persönliche Erinnerungen beleuchten Themen aus der neuesten Geschichte wie z.B. der ehemaligen Reichsfeuerwehrschule in der Brunnenstraße und der Standorte der sowjetischen Armee in Eberswalde. Der Bericht über die Erhaltung des Uhrenturms auf dem Gelände der ehemaligen Artilleriekasernen ist ein Beispiel, wie der Verein für Heimatkunde mit Geschichtszeugnissen praktisch umgeht.

In den Themenkreis der neuesten Geschichte gehören auch die Ereignisse des politischen Umbruchs vor 20 Jahren in unserer Stadt.

An Persönlichkeiten unserer Region und ihre Verdienste wird mit Wilhelm Pfeil, dem Begründer der forstlichen Lehre und Forschung in Eberswalde anlässlich seines 150. Todestages, an den Papiermacher Daniel Gottlieb Schottler aus Eichhorst anlässlich seines 200. Todestages sowie an den Maler und Fotografen Oswald Jarisch anlässlich seines 30. Todestages erinnert.

Den insgesamt 32 Beiträgen liegen wieder umfangreiche Recherchen der Autoren zugrunde, die ihr Wissen hiermit unentgeltlich der Öffentlichkeit für die inzwischen überregional geschätzte heimatkundliche Publikation zur Verfügung stellen.

Nicht zu vergessen sind dabei die finanzielle Unterstützung von Stadt und Landkreis sowie die unserer Anzeigen-Kunden und des Druckhauses Eberswalde.

INGRID FISCHER, Vorsitzende des Vereins und Chefredakteurin des Jahrbuches

Modellbahnausstellung

In diesem Jahr wird unser Modellbahnverein 40 Jahre alt. Das Jubiläum ist uns Anlaß, vom 11. bis 13. Dezember 2009 im Dietrich-Bonhoeffer-Haus (Potsdamer Allee 35, 16227 Eberswalde) eine Geburtstags-Sonderschau zu organisieren.

Im Mittelpunkt der Ausstellung steht ein Exponat der Eberswalde-Finowfurter Eisenbahn. Wir zeigen erstmals den Bahnhof Eisenplatterei als Modell im Maßstab 1:87 (Spur HO) im Betriebszustand der 1950er und 1960er Jahre. Der Verein für Berlin-Brandenburgische Stadtbahngeschichte präsentiert eine große Modellbahnanlage mit viel Fahrbetrieb in HO und eine Trümmerbahn im zerstörten Nachkriegs-Berlin. Die IG Preßnitztalbahn bringt eine Gartenbahn nach sächsischem Vorbild mit. Aus Werneuchen kommt eine HO-Winteranlage, die digital betrieben wird. Eine Mitspiellecke mit Lego- und Gartenbahn steht allen Ausstellungsbesuchern offen.

Die Ausstellung ist am 11. und 12. Dezember jeweils von 10 bis 18 Uhr und am 13. Dezember von 10 bis 17 Uhr geöffnet.

Der Eintritt kostet für Erwachsene 2 Euro und für Kinder 1 Euro. Die Familienkarte kostet 5 Euro. Begleitete Kitagruppen und Schulklassen aus Eberswalde haben Dank Unterstützung der »Sozialen Stadt« freien Eintritt.

RONNY SDUNZIK,
Oberbarnimer Eisenbahnfreunde e. V.

Weihnachten und Wandern

6. Dezember 2009, Sonntag, Weihnachtsfeier mit Weihnachtsmann Anmeldung unter 03344-333200 oder www.berg-frei.de bis 3.12.

Eintritt: 6 Euro (ermäßigt 2 Euro) Treff: 13.30 Uhr Haus der Naturpflege, Dr. Max Kienitz Weg 2 / Berliner Str., Bad Freienwalde

18. Dezember 2009, Freitag, Durch den Wald der 1000 Augen zum Baasee Vom Gesundbrunnen geht's durch das Brunntental bis zum Teller, hinab in den Wald der 1000 Augen und in die dunkle Schlucht am Kesselmoor bis zu den Riesenlebensbäumen. Um den See geht es an Brandenburgs höchstem Baum vorbei zur Waldschänke. Nach ausgiebiger Rast geht es bis zur Köhlerei. Auf den Stationen unterhält Bernd Müller die Wanderer mit Sagen, Anekdoten, gruseligen und lustigen Geschichten. Anmeldung unter 03344/333200 oder 425000 bis 9 Uhr am 18.12. Treff: 10 Uhr Fachklinik Moorbad, Gesundbrunnenstr. 33, Bad Freienwalde

26. Dezember 2009, Samstag, 2. Weihnachtsfeiertag Weihnachtswanderung zu Lug ins Land, Wasserfall und Froschmaul Die Wanderung führt durch den Cöthener Urwald über die Berge zu Froschmaul und Lug ins Land. An der neu errichteten Park-Hütte im Park Carl von Jena Rast mit Stolle, Kaffee, Glühwein und Bescherung mit dem Weihnachtsmann. Treff: 13 Uhr Waldgaststätte Mon Choix, Cöthener Weg 4, Falkenberg.

BERND MÜLLER 15

Eberswalder Ansichten



Ziegeleischornsteine am Abend, Pastell von PETER SCHIRMER
(Titelbild des Eberswalder Jahrbuches 2009/2010)

Veranstaltungen der Buchhandlung Mahler

29. November: 14 Uhr, Börsencafé (Sparkasse)
Lesung mit Ronald Gerhardt
Katzenhausen in der Schorfheide

29. November: 20 Uhr, Filmpalast Westend
Lesung mit Kim Fisher
Schöne Bescherung

6. Dezember: 14 Uhr, Börsencafé (Sparkasse)
Lesung mit Musik
Weihnachtsgeschichten mit Akkordionbegleitung

12. Dezember: 18 Uhr, Brasserie am Stein
Theaterabend mit Alexander Finkel
Der kleine Prinz

Vorschau:

weitere Lesungen im Advent an jedem Sonntag
Anmeldungen bei Buchhandlung Mahler (Tel. 03334/
239231, Fax 03334/287832, eMail: ebw-buch@gmx.de)

Wir freuen uns auf Ihren Besuch

Das Team der Buchhandlung Mahler

www.bar-blog.de

Im November im Kai-Homilius-Verlag erschienen:

Rainer Thiel

Allmähliche Revolution – Tabu der Linken

Zwei Arten Abstand vom Volk: Warten auf Wunder und „Gebt eure Stimmen bei uns ab“

ISBN: 978-3-89706-657-1

Im Kai-Homilius-Verlag erschien auch das Buch von Heinz Dieterich:
Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts

Sonnabend, 28.11.2009, 19 Uhr

Stadthalle Hufeisenfabrik

»Weihnachten trotz Familie«

eine Konzertlesung

mit **Gisela Steineckert** und **Dirk Michaelis**.

Nachdem die beiden Künstler im vergangenen Jahr mit ihrem Programm »20 Jahre Als ich fortging« ihr Eberswalder Publikum vor vollem Hause begeisterten, begeben sie nun die Premiere ihres satirisch-musikalischen Weihnachtsprogramms »Weihnachten trotz Familie« in Eberswalde begeben.

MARCEL BLOCK, MB-Konzerte

9. WeihnachtsKUNSTmarkt

* in der Zainhammer Mühle *

* EBERSWALDE *



* am Sonntag, 2. Advent *

6. Dezember 2009

IO – 18 Uhr

WEIHNACHTLICHES

Regionale Kunst: Bilder, Grafiken, Holzarbeiten, Keramiken, Gewebtes, Filzarbeiten, Schmuck, Holzspielzeug, Glasobjekte, Textilkollagen, ... und der NEUE Mühlenkalender 2010

MÄRCHEN FÜR KINDER GELESEN VON PEGGY NEUMANN
vom Lesezauber der Bürgerstiftung Barnim-Uckermark
KAFFEE & KUCHEN & GLÜHWEIN & HERZHAFTES
WEINKONTOR in der alten Ofenfabrik

Anzeige

Wir bedanken uns bei unseren Kunden und Geschäftspartnern für die sehr angenehme Zusammenarbeit im Jahr 2009.

Elektroinstallation

- Privat
- schnell
- Gewerbe
- preiswert
- Kommune
- zuverlässig

Angela Mätzkow
Dipl.-Elektronikingenieur (FH)
Betriebs Technischer Leiter

03334/2533-0
03334/253325
elektroinstallation-maetzkow@alice.de

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____
2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: **Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde**
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: http://de.groups.yahoo.com/
group/bbp-forum/

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Lopyrov, Markmann (2), F. Müller
Oehler, Pätzold, Strike Bike (2)

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktionsschluß: 21. November 2009

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement: 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 2.1.2010, 12 Uhr.